

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

Nr. 19

**Preis
1,- DM**

ZUR FASCHISMUS – DISKUSSION

Dieser Artikel bezieht sich wesentlich auf den Artikel, den Christine Bucher "im Auftrag des ZK des KBB" zur Faschismus-Frage fürs NRF 6 /72 geschrieben hat. Dieser Artikel wird im weiteren mit C. B. zitiert, die angegebenen Seitenzahlen beziehen sich dann aufs NRF 6/72. Ferner wird an einigen Stellen auf Schmiers "Thesen zur Faschismusfrage" in NRF 3/72 Bezug genommen. Dieser Artikel wird als J. S. zitiert. Die Erwähnungen unter L. beziehen sich auf den Faschismus-Artikel Lagardes in NRF 6/71. Schließlich ist noch die Sondernummer 1 der "Roten Presse" herangezogen, die von der Hamburger Sozialistischen Studentengemeinde herausgegeben wird, zitiert als SSG.

Hier muß noch etwas Grundsätzliches zum Vorgehen der Zirkelblock-Theoretiker gesagt werden. Bekanntlich haben sie es bisher vermieden, zum Faschismus organisatorische Stellungnahme abzugeben; alle ihre Beiträge stehen als namentlich gekennzeichnete individuelle Beiträge. Hinter derartigen Beiträgen steht letzten Endes immer bloß der Verfasser, sodaß eine verbindliche zwischenorganisatorische

Auseinandersetzung von Seiten des Zirkelblocks sabotiert ist. Ist ein Beitrag in seiner Unsinnigkeit entlarvt, so war er eben nur ein individueller Beitrag, mit dem die Organisation natürlich gar nichts zu tun hat, und der nächste Unsinn kann getrost wieder als individueller Beitrag aufgetischt werden. Bei unserer Kritik am Lagarde-Artikel des NRF wurde das sehr deutlich. Als wir diesen Artikel vor einem Jahr kritisierten (AK 16), da wetterte das NRF: wie kommt ihr dazu, einen individuellen Beitrag als Beitrag der Organisation insgesamt zu kritisieren? Da hat ein Genosse seine Meinung gesagt, und das wollt ihr ihm verbieten?

In Wahrheit sieht es anders aus. Namentlich gekennzeichnete Beiträge haben ihren Sinn, wenn z. B. innerhalb der Leitung bzw. Redaktion unterschiedliche Standpunkte bestehen, oder wenn ein Genosse den Standpunkt der Leitung bzw. Redaktion kritisiert. Dann wird vermittelt durch namentlich gekennzeichnete Beiträge eine Diskussion über die strittige Frage geführt. Das war aber beim NRF

gar nicht der Fall. Man muß nur den äußeren Verlauf der Sache betrachten: in NRF 6/71 erschien der Lagarde-Artikel, in NRF 3/72 (August) erschien der Schmierer-Artikel, in NRF 6/72 (Dezember) erschien der Bucher-Artikel. Von diesen Artikeln nahm J.S. überhaupt keinen Bezug auf L., während C.B. den Artikel von L. zweimal in Nebensätzen erwähnt. Hauptstoßrichtung ist allemal gegen den KB. In Wirklichkeit dient die namentliche Kennzeichnung der Artikel also nicht dazu, eine Diskussion innerhalb des Zirkelblocks über die Faschismus-Frage zu ermöglichen, sondern eine solche Diskussion zu begrüßen wäre. Sie dient vielmehr dazu, daß sich Organisationen hinter Individuen verstecken. In Wahrheit ist es offenbar so, daß die jeweiligen Beiträge - L., J.S. und C.B. - ziemlich exakt den jeweiligen Diskussionsstand innerhalb

der Zirkelblockführung wiedergeben.

Nunmehr haben die Zirkelblock-Führer "im Auftrag des ZK des KBB" die Genossin C.B. an die Front geschickt. C.B. erledigt ihren Auftrag glänzend mit einer Höchstleistung an Fälschungen, Verdrehungen und faulen Tricks. In der Sache selbst hat sie die Faschismus-Theorie des Zirkelblocks um einige originelle Neuheiten bereichert, indem sie ihre Lesefrüchte aus kleinbürgerlichen Faschismus-Interpretationen fast ungefiltert in die Diskussion einbrachte.

Und dieser Artikel war in der "Wahrheit" des KBB schon Monate vor seinem Erscheinen als das ganz große Ei angekündigt worden, mit dem der "KB-Nord" gründlich erschlagen werden sollte! Das war wohl nix.

"Wille" und "Zwang"

C.B. macht dem KB den Vorwurf, er würde davon ausgehen, "daß die Handlungen der Bourgeoisie den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte gerade nicht unterliegen, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaftsformen beliebig bestimmt" (S. 16). Dieser Vorwurf, der dem KB eine subjektivistische Geschichtsauffassung unterstellt, kann freilich von C.B. nicht einmal "ansatzweise" konkret nachgewiesen werden. Er bewegt sich damit im selben Raum wie alle derartigen Vorwürfe gegen den KB.

Wonach richten sich die Handlungen der Bourgeoisie? Zunächst ist davon auszugehen, daß alle Handlungen der Bourgeoisie grundsätzlich an der Kapital-Verwertung (Profit) und an der Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise orientiert sind. Deshalb führt die Bourgeoisie ökonomische Kämpfe gegen die Arbeiterklasse und untereinander (Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten); zugleich führt sie aber auch den politischen und ideologischen Kampf um ihre Herrschaft abzusichern und ihre Produktionsweise (das kapitalistische Gesellschaftssystem) zu erhalten.

Schon unter diesem Aspekt kann das Handeln der Bourgeoisie nicht "beliebig" sein. Unter der Voraussetzung "rationalen" Handelns (d.h. Handelns, das orientiert ist auf den Profit und die Selbsterhaltung der Bourgeoisie als Klasse) bewegt sich die Bourgeoisie von vornherein in einem bestimmten Rahmen, die grundsätzliche Richtung ihres Handelns ist vorgegeben.

Hierzu kommt, daß die Bourgeoisie bestimmten Gesetzmäßigkeiten allgemeiner Art unterliegt, die sie bei der Verfolgung ihres grundsätzlichen Zieles berücksichtigen muß und durch die sie in ihrem Handlungsspielraum weiter eingegrenzt wird. Solche Gesetzmäßigkeiten sind z. B. der Stand der Produktivkräfte (technische Entwicklung), der Stand der Klassenkämpfe und das gesellschaftliche Kräfteverhältnis. Ferner wird das Handeln der Bourgeoisie

als Klasse bestimmt durch die Widersprüche zwischen den Einzel-Kapitalisten. Dazu treten auf internationaler Ebene der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Imperialismus und unterdrückten Völkern, die innerimperialistischen Widersprüche u. a. m.

Das sind die Voraussetzungen, die die Bourgeoisie bei ihren Handlungen "einkalkuliert". Das sind die bestimmten Gesetzmäßigkeiten, denen ihre Handlungen zu folgen haben. Da die Bourgeoisie jedoch die Gesamtheit der Widersprüche nur unvollkommen analysieren kann, sind "Fehlalkulationen" möglich, d.h. falsche Einschätzung der bestimmten Situation, des bestimmten Kräfteverhältnisses etc. Eine solche "Fehlalkulation" war z. B. der zweimalige Versuch des deutschen Imperialismus, unter falscher Einschätzung des internationalen Kräfteverhältnisses eine Neuaufteilung der Welt zu erzwingen. Die Bourgeoisie bemüht sich selbstverständlich, die "Gesetzmäßigkeiten der Geschichte" immer umfassender und gründlicher zu begreifen und zu berücksichtigen, aber das kann ihr niemals vollständig gelingen, zumal diese Gesetzmäßigkeiten sich letzten Endes gegen die Bourgeoisie richten, d.h. die Entwicklung geht gesetzmäßig zum Sozialismus (unabhängig vom Willen einzelner Menschen).

Schon deshalb ist es falsch, im Kapitalisten nur den "Funktionär", die "Charaktermaske des Kapitalverhältnisses" zu sehen, "über den sich die Gesetzmäßigkeiten des Kapitals durchsetzen" (SSG, S. 15). Wäre das so, dann bräuchten wir nur diese Gesetzmäßigkeiten zu begreifen, und wir könnten exakt voraussagen, wie sich die Bourgeoisie in einer bestimmten zukünftigen Situation verhalten wird. Das wird z. T. von den Zirkelblock-Theoretikern tatsächlich so vollzogen, indem versucht wird, bestimmte Situationen mit Zwangsläufigkeit bestimmten Handlungsschemata der Bourgeoisie zuzuordnen (wenn A passiert, dann

reagiert die Bourgeoisie mit dem Handlungsschema a, etc.). So glauben einige von ihnen denn auch exakt bestimmen zu können, welche Situation eintreffen muß, damit die Bourgeoisie z. B. zum Faschismus "gezwungen" ist. In dieser Weise ist besonders beispielhaft J.S. vorgefahren, der nachträglich begründet, warum die deutsche Bourgeoisie in bestimmten Situationen (untersucht wird die Krise 1918 - 23 und die Krise 1929 - 33) genau so und nicht anders handeln mußte.

Diese Theorie macht den Kapitalisten zum bloßen Computer, zum Roboter von Gesetzmäßigkeiten. Die Handlungen der Bourgeoisie müßten demnach unbedingt, unter allen Umständen im völligen Einklang mit den Gesetzmäßigkeiten stehen, was eben nicht der Fall ist und niemals der Fall sein kann.

Bei der SSG gerät die kleinbürgerliche Vorstellung vom Kapitalisten als "Charaktermaske" vollends zur einseitigen Hervorhebung des "ökonomischen Zwangs". So wird z. B. jede politische Motivierung für Arbeitskämpfe (Metallarbeiterstreiks 71) oder die Angriffe auf die Studentenbewegung höhnisch abgestritten. Alles tut die Bourgeoisie angeblich nur, weil sie "ökonomisch dazu gezwungen ist" (SSG, S. 15); berücksichtigt wird nur das unmittelbare Profitinteresse der Bourgeoisie, nicht aber ihr längerfristiges Interesse an der Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft, das eben den allseitigen Kampf (auch politisch und ideologisch) der Bourgeoisie erfordert.

Eine vergleichbare, wahrscheinlich unfreiwillige "Spitzenleistung" findet sich bei C.B. Sie schreibt:

"... Ob sich diese Widersprüche aber so zuspitzen, daß sie in Faschismus umschlagen, ist nur festzumachen, wenn man die der Bewegung der politischen Reaktion (richtiger: der Bourgeoisie! - Anm. UW) zugrundeliegenden Widersprüche untersucht" (C.B. S. 15).

Die Widersprüche "schlagen in Faschismus um", alles vollzieht sich in der kristallklaren, absolut keimfreien Sphäre objektiver Gesetzmäßigkeiten; schöner subjektiver Wille, überhaupt die Existenz denkender menschlicher Wesen bleibt "außen vor"; die Widersprüche verwirklichen sich sozusagen "direkt", ohne Zwischenschaltung der Bourgeoisie. Alles wird meßbar und voraussagbar. Man braucht ja nur die Widersprüche zu untersuchen und man wird erkennen, an welchem Zeitpunkt sie ganz automatisch "in Faschismus umschlagen" werden...

Wir haben niemals gesagt, daß die Herrschaftsformen der Bourgeoisie "beliebig" seien. Für die Herrschaftsformen der Bourgeoisie gilt dasselbe, was wir allgemein über die Handlungen der Bourgeoisie gesagt haben: sie richten sich zum einen nach der Entwicklung der Widersprüche, die sich in den Köpfen der Kapitalisten als subjektive Einschätzung der Gesamtsituation widerspiegelt (diese Einschätzung ist jedoch gerade kein getreues Abbild der Widersprüche und der realen Verhältnisse, sondern deren Verzerrung durch die Unvollkommenheit bürgerlicher Erkenntnis). Diese Einschätzung bestimmt den Willen der Bourgeoisie. Ob dieser Wille jeweils durchführbar ist, hängt von der realen Widerspruchsentwicklung (hauptsächlich dem inneren und äußeren Kräfteverhältnis) ab. Die Bourgeoisie kann z. B. den Willen haben, (1941) die Sowjetunion anzugreifen und zu liquidieren. Ob sie diesen Willen zu realisieren vermag, ist eine andere Sache, eben die Frage der wirklichen Ver-

hältnisse. Wenn wir also sagen, daß die Bourgeoisie den Willen hat, etwas zu tun, so haben wir das doch nie mit der Fähigkeit gleichgesetzt, diesen Willen auch zu realisieren. Diese beiden Dinge - Wille und Fähigkeit - werden von den Demagogen des Zirkelblocks ständig durcheinander gebracht. Beispiel: wir sagen, daß die Bourgeoisie sich bemüht, die Massen mit bestimmten reaktionären Anschauungen zu indoktrinieren. - Aha, sagt C.B., für den KB "ist das Bewußtsein der Massen schlechthin ohne Belang. Bedeutung hat allein der Wille der Bourgeoisie. Sie bestimmt nämlich durch 'ideologische Indoktrinierung' und andere politische Maßnahmen, ob sich das Bewußtsein der mittelständischen Schichten flugs (!) in ein faschistisches verwandelt, wenn sie es für opportun hält" (C.B., S. 24). - Genossin C.B., das ist keine kommunistische Argumentation, sondern elendeste bürgerliche Demagogie.

Wir wollen auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß wir die Bourgeoisie nicht als "unüberwindlich" und "souverän" in der Anwendung der Mittel zur Erhaltung ihrer Herrschaft beschrieben haben (Zitate aus SSG, S. 15), wir haben die Bourgeoisie auch nicht als "von den objektiven Widersprüchen unabhängige Klasse" beschrieben (C.B., S. 17). Wir wollen mit diesem Hinweis nochmals veranschaulichen, mit welchen Mitteln die Demagogen des Zirkelblocks bisher ihren kleinbürgerlichen "Kreuzzug" gegen den KB geführt haben. Es ist klar, daß solche Methoden die Auseinandersetzung keinen Schritt voranbringen, sondern bewußt künstliche Fronten aufreißt, der Verunsicherung und Aufhetzung der Zirkelblock-Genossen gegenüber dem KB dienen sollen.

Unser Weg

Auflage : 5.200

Herausgeber - Druck - Verlag

J. Reents Verlag Arbeiterkampf

2 Hamburg 13 , Rutschbahn 35

presserechtlich verantwortlich :

Kai Ehlers, Verlagsadresse

Verlagskonten : Dresdner Bank,
Kto. 451 8378 J. Reents - Post-
scheckkonto Hamburg Nr. 240 595
J. Reents

Bourgeoisie -- Bürgerliche Republik -- Faschismus

C. B. philosophiert schwatzhaft über das Verhältnis des Imperialismus zur bürgerlichen Republik "im Allgemeinen" außerhalb von Zeit und Raum, statt konkret das Verhältnis des deutschen Imperialismus zur "Weimarer" Republik zu untersuchen. C. B. will gar nicht diese bestimmte deutsche Bourgeoisie in einer genau definierten historischen Situation hinsichtlich ihrer realen Pläne und Handlungen betrachten. Vielmehr konstruiert sich C. B. eine Bourgeoisie aus der Retorte, wie sie "eigentlich" hätte sein und handeln müssen, wenn sie sich "gesetzmäßig" verhalten hätte; d. h. wenn sie sich an jene Regeln gehalten hätte, die C. B. "im Allgemeinen" abgeleitet hat.

Die bürgerliche Republik erscheint im Verständnis von C. B. "im Allgemeinen" als diejenige "Herrschaftsform, die ihre Macht (d. h. die Macht der Bourgeoisie - Anm. UW) am sichersten garantiert" (C. B., S. 14). Daher "weiß" C. B. auch ohne weiteres, wie das Verhältnis des deutschen Imperialismus zur "Weimarer" Republik gewesen sein "muß". Daß der deutsche Imperialismus tatsächlich systematisch und zielstrebig die Beseitigung der "Weimarer" Republik von Anfang an betrieben hat, muß C. B. also völlig absurd und regelwidrig vorkommen. Da hat doch die Bourgeoisie tatsächlich ausgerechnet diejenige Herrschaftsform beseitigen wollen, "die ihre Macht am sichersten garantiert"! Sind denn der Bourgeoisie nicht einmal mehr ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten heilig?

J. S., der im Gegensatz zu C. B. etwas ins Konkret-historische gegangen ist, hat diesen Punkt besser verstanden. Er schreibt, die deutsche Bourgeoisie habe die "Arbeitsgemeinschaft" (mit der Sozialdemokratie) "von vornherein (1) als Weg zur Wiederherstellung ihrer vollen Macht verstanden" und nochmal "Sie strebte die Wiederaufrichtung ihrer vollen Herrschaft an" (J. S., S. 11). J. S. hat allerdings nicht richtig verstanden (oder drückt falsch aus), daß die Bourgeoisie natürlich auch unter der Form der "Arbeitsgemeinschaft" ihre volle Macht ausübte (es handelte sich nicht um einen Zustand der Doppelherrschaft, sondern eindeutig um die Regierung einer "bürgerlichen Arbeiterpartei"). Für die Bourgeoisie ging es also nicht darum, ihre Herrschaft etwas "voller" zu machen, sondern die Form ihrer Herrschaft zu ändern. Irgendwie ist das wohl auch J. S. bewußt, wenn er schreibt: "... in der Zeit der relativen Stabilisierung (d. h. 1924 - 28 Anm. UW) schuf sie (die Bourgeoisie - Anm. UW) die Grundlagen,

um das bestehende Gleichgewicht (?) zu zerschlagen und ihre direkte und zügellose Gewaltherrschaft auszuüben". (J. S., S. 12) Aha!

Der deutsche Imperialismus stand zur "Weimarer" Republik nicht in irgendeinem abstrakten Verhältnis "im Allgemeinen"; vielmehr lehnte er ganz konkret diese Form der Herrschaft in den wesentlichen Teilen des Monopolkapitals ab und strebte von Anfang an ihre Beseitigung an. Der deutsche Imperialismus empfand die bürgerliche Republik als etwas Fremdes und Feindseliges, das ihm durch die deutsche Arbeiterklasse und durch die Siegermächte des Kriegs aufgezwungen worden war (anders als in England und Frankreich, wo die Republik viel früher als Ergebnis bürgerlicher Revolutionen sich durchgesetzt hatte). Die Zurückdrängung der Arbeiterklasse und die Rückkehr zur imperialistischen Weltgeltung schienen für die deutsche Bourgeoisie unmittelbar mit der Beseitigung der "Weimarer" Republik verbunden. Möglich, daß C. B. diese Haltung der Bourgeoisie für recht "dumm" und "kurzsichtig" hält, weil ja nichts die bürgerliche Herrschaft so sicher garantiert wie gerade die Republik. Wir wollen uns aber nicht nachträglich den Kopf der deutschen Imperialisten zerbrechen, sondern haben uns an ihre realen Handlungen zu halten.

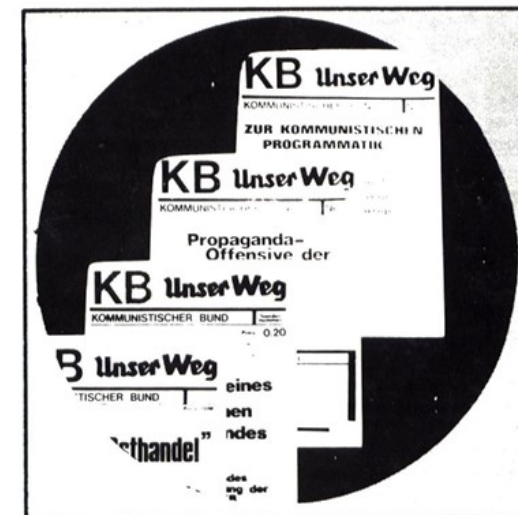
Allerdings konnte der deutsche Imperialismus seine Absichten nicht unmittelbar in die Tat umsetzen: das verhinderte die Stärke der Arbeiterklasse, das verhinderte die imperialistische Konkurrenz, das verhinderte schließlich auch die Uneinigkeit und Richtungslosigkeit in den Reihen der deutschen Bourgeoisie. Es gab Tendenzen zur Wiederherstellung der reaktionären Monarchie, zur Schaffung einer Präsidial- oder Militär-Diktatur, Orientierung am italienischen Faschismus und freilich auch Tendenzen, sich längerfristig mit der bürgerlichen Republik abzufinden.

Vorerst fanden die Versuche, 1920 durch den Kapp-Putsch und 1923 durch Hitlers "Marsch auf die Feldherrnhalle" die Republik rasch zu beseitigen, nicht die Unterstützung der Bourgeoisie als Klasse (wenn auch einzelne bedeutende Kapitalisten diese Unternehmungen unterstützten). Das beweist zwar nicht ohne weiteres, wie J. S. meint, daß der Bourgeoisie dieser Weg, d. h. die Liquidierung der Republik, damals objektiv unmöglich gewesen wäre (so etwas nachträglich zu beweisen, ist u. E. unmöglich); es besagt

aber, daß die Bourgeoisie diesen Weg angesichts des inneren und äußeren Kräfteverhältnisses damals für aussichtslos hielt. Dieser Unterschied muß festgehalten werden, da subjektive Einschätzungen der Bourgeoisie nicht ohne weiteres objektive Tatbestände beweisen. J. S. indessen verwendet große Mühe, um nachträglich zu "beweisen", daß die deutsche Bourgeoisie in den Jahren 1918 - 33 jeweils haargenau die richtigen Entscheidungen im haargenau richtigen Moment getroffen hat, und daß jede andere Entscheidung unmöglich gewesen wäre. Ausgerechnet J. S. ist es, der die Bourgeoisie "im Besitz einer allseitigen (und unfehlbaren! - Anm. UW) Einschätzung der politischen und ökonomischen Widerspruchsentwicklung" (Vorwurf der SSG, S. 15 gegen den KB) glaubt. In Wahrheit ist es reiner Idealismus, wenn J. S. dem Publikum weismachen will, daß z. B. der Faschismus 1933 der einzige Ausweg für die Bourgeoisie war. Schließlich gibt es genug Beispiele, daß die Bourgeoisie anderer Länder auch ohne Faschismus die

"Weltwirtschaftskrise" von 1929 ff. überwand. Warum praktiziert J. S. diesen Idealismus? Es soll "bewiesen" werden, daß die Entscheidung der Bourgeoisie für den Faschismus mit Zwangsläufigkeit in einer ganz bestimmten Situation erfolgt, und diese Situation besteht eben heute nicht (schließlich haben wir keine "Weltwirtschaftskrise" im Ausmaß wie 1929 ff. etc.). Damit hat J. S. zugleich glänzend und höchst einleuchtend "bewiesen", daß wir uns wegen des Faschismus heute noch keine Sorgen zu machen brauchen.

Wenn die Bourgeoisie in bestimmte Krisen gerät, so wählt sie schließlich (z. T. nach Auseinandersetzungen auch innerhalb der Bourgeoisie) einen bestimmten Ausweg aus dieser Krise. Daß ihre Entscheidung die einzig mögliche oder jedenfalls eindeutig die beste ist, kann ohne weiteres nicht behauptet werden, da die Bourgeoisie alles andere als "allwissend" ist, da ihre Einschätzung der Wirklichkeit nur höchst unvollkommen ist.



Bestellschein !

Hiermit bestelle ich **Unser Weg**
ab Nr. _____

Name: _____

Anschrift: _____

Beruf: _____

Abenden an:

J. Reents
2000 Hamburg 13
Rutschbahn 35

Woher kommt die faschistische Massenbewegung?

L., der als erster für das NRF zur Faschismus-Frage Stellung nahm, hat jede Planmäßigkeit der Bourgeoisie bei der Durchsetzung des Faschismus bestritten. Er läßt die faschistische Massenbewegung sozusagen der Bourgeoisie in den Schoß fallen als ein Geschenk, das ihr von der "versagenden" Arbeiterbewegung gemacht wird:

"Der Prozeß, in dem der Faschismus erst zur Massenbewegung wird und Massenwirkung erreicht, verläuft ... unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie."

Und weiter:

"Das Versagen der Arbeiterklasse ... liefert dem Faschismus die Massenbasis ... Die entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung ist die verfehlte Bündnispolitik der Organisationen der Arbeiterklasse ... " (L., S. 41)

J. S. hat in seinem Artikel nicht das geringste Wort der Abgrenzung gegenüber den Thesen von L. gefunden. C. B. dagegen geht am Rande auch auf L. ein. Sie beweist dabei wieder besonders eindrucksvoll ihre glänzende Fähigkeit, die Dinge zu verdrehen und auf den Kopf zu stellen. Indem sie L. scheinbar recht gibt, "korrigiert" sie ihn doch gleichzeitig, "entschärft" sozusagen den offensichtlichen Schwachsinn in den Thesen von L., führt uns einen ganz neuen L. vor:

"In der Tat", schreibt C. B. zum Zitat, das wir oben als erstes wiedergegeben haben, "genauso wenig, wie die Bourgeoisie die kapitalistischen Krisen macht, genauso wenig kann sie nach Belieben eine faschistische Massenbewegung erzeugen" (C. B., S. 17). Was C. B. da formuliert, ist nun aber "in der Tat" doch etwas anderes als die These von L., der jeden willensmäßigen Einfluß der Bourgeoisie auf die Entstehung der faschistischen Massenbewegung abstreift. Kann die Bourgeoisie die Ereignisse beliebig gestalten? Selbstverständlich nicht! Kann sie jedoch willensmäßigen Einfluß auf die Ereignisse nehmen? Zweifellos! Diese zwei Fragen wirbelt C. B. munter durcheinander, als wären ihr die simpelsten Begriffe unklar.

Zum zweiten Zitat von L., das wir oben wiedergegeben haben, macht C. B. eine sanfte Kritik: Nicht die "verfehlte Bündnispolitik" der KPD sei entscheidend gewesen, sondern die Spaltung der Arbeiterklasse. Auch hier trickst C. B. wieder. Und weils so schön ist, zitieren wir C. B. im Wortlaut:

"Der Verfasser des Artikels im NRF macht als wichtigste Ursache für die Entstehung der faschistischen Massenbewegung und damit auch für die Niederlage der Arbeiterklasse die verfehlte Bündnispolitik der KPD verantwortlich. Wir halten diese Kritik in dieser Form für falsch. Wir meinen, daß die entscheidende Ursache für die Niederlage der Arbeiterklasse die Spaltung der Arbeiterklasse war." (C. B., S. 18).

Original und Fälschung! L. hatte lediglich geschrieben: "... entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung". Die folgende Passage "und damit auch für die Niederlage der Arbeiterklasse" stammt von C. B. Und im nächsten Satz ("Wir meinen ...") spricht C. B. dann nur noch von der Niederlage der Arbeiterklasse und überhaupt nicht mehr von der faschistischen Massenbewegung. Dabei ist doch der entscheidende Punkt bei L., daß er die "verfehlte Bündnispolitik" nicht etwa allgemein als Ursache der Niederlage der Arbeiterklasse angibt, sondern daß er sie explizit für die "entscheidende Ursache für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung" hält. C. B. versöhnt, schleift die ärgsten antikommunistischen Dummheiten von L. etwas ab, indem sie listig den Inhalt seiner Aussagen verfälscht.

Schon dieses bißchen Samtpfoten-Kritik an L. hat C. B. effektiv so erschöpft, daß sie sich erstmal bei einem kräftigen Hieb gegen den KB wieder erholen muß: der KB habe - so behauptet C. B. - nicht davor zurückgeschreckt, "in demagogischer Absicht (!) die Kritik im NRF an der Politik der Organisation der Arbeiterklasse, der KPD, in eine Kritik an der 'Arbeiterklasse' insgesamt zu verfälschen" (C. B., S. 18). Aber wer da verfälscht, das ist natürlich wieder C. B. "im Auftrag des ZK des KBB" selbst. Denn L. hatte ja tatsächlich und explizit vom "Versagen der Arbeiterklasse" gesprochen, das seiner Auffassung nach dem Faschismus die Massenbasis "lieferte". Im übrigen liegt die besondere Unverschämtheit von L. nicht schlechthin in seiner rotzigen "Kritik" an der deutschen Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei. Sie liegt u. E. vielmehr darin, daß L. die Politik der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei als Hauptursache für den Faschismus ausgibt, während er die Bourgeoisie geradezu von jeder Verantwortung freispricht (sie erhält die faschistische Massenbewegung 'unabhängig von ihrem Willen' durchs Proletariat frei Haus "geliefert").

Die massenhafte Radikalisierung des Kleinbürgertums als soziale Basis der faschistischen Massenbewegungen war nicht "beliebig" von der Bourgeoisie produziert worden. Sie war vor allem eine Folge der Verelendung, die schon nach dem 1. imperialistischen Krieg und verstärkt in der "Weltwirtschaftskrise" 1929 ff. auftrat. Sie war also eine objektive Gegebenheit, die die Bourgeoisie einkalkulieren mußte. Daß diese radikalisierten kleinbürgerlichen Massen sich dann aber in diese bestimmte Richtung (zum Faschismus nämlich) entwickelten, war nicht unabhängig vom Willen der Bourgeoisie. Grundsätzlich, wenn auch in unterschiedlichem Maß, war sowohl der Bourgeoisie wie auch dem Proletariat die Notwendigkeit bewußt, diese radikalisierten kleinbürgerlichen Massen auf ihre Seite zu bringen. So vollzog sich die politisch-ideologische Entwicklung der radikalisierten kleinbürgerlichen Massen in einem heftigen Ringen zwischen Bourgeoisie und Proletariat um eben diese Massen. Die radikalisierten kleinbürgerlichen Massen als solche wurden sozusagen als "Rohstoff" von der Krise geliefert, ihre faschistische Ausrichtung jedoch wurde von der Bourgeoisie bewußt und mit Willen betrieben.

L., der das willensmäßige Handeln der Bourgeoisie leugnet, betreibt zugleich den ärgsten Subjektivismus in der Beurteilung der Arbeiterklasse. Sie erscheint in der Tat unabhängig von irgendwelchen Gesetzmäßigkeiten und Voraussetzungen; und wenn sie z. B. die kleinbürgerlichen radikalisierten Massen nicht auf ihre Seiten zu bringen vermag, so erscheint dies für L. schlicht als ihr "Versagen", als "verfehlte Bündnispolitik" - eben als ein ganz große Dummheit, die ohne weiteres vermeidbar gewesen wäre, wenn es vor 1933 schon solche Schlaumaier wie L. & Co. gegeben hätte.

Dieser Subjektivismus kennzeichnet alle Theoretiker des Zirkelblocks bzw. diejenigen, die es gerne werden möchten. Die SSG z. B. spricht rotzig davon, daß die Klassenkämpfe vor 1933 von der KPD "kaum angeleitet" worden seien, es "gelang (!) der KP nicht, die harten ökonomischen Auseinandersetzungen mit dem politischen Kampf zu verbinden", die KPD sei von der Arbeiterklasse "getrennt" gewesen (SSG, S. 15). Ja, liebe Leute, wenn die KPD vor 1933 mit ihren mehreren hunderttausend Mitgliedern und Millionen von Arbeiterwählern von der Arbeiterklasse "getrennt" war - was seid ihr denn dann?! "Wenn einer, der mit Mühe kaum geklettert ist auf einen Baum, schon meint, daß er ein Vogel wäre" - so irrt sich der! (Wilhelm Busch). Weiter die SSG: "Dimitroff erwähnt bei den Bedingungen der faschistischen Machtergreifung die durch den Einfluß der Sozialdemokratie hervorgerufene verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterklasse. Diese Einschätzung ist aber durchaus legitimiert" (d. h. eine Ausrede!). Die Kommunisten hätten eben "schwerwiegende Fehler" begangen, seien zu dumm gewesen, um das gesamte Proletariat dem sozialdemokratischen Einfluß zu entreißen (SSG, S. 15/16). Nun wollen wir nicht leugnen, daß auch Fehler von der KPD gemacht wurden. Entscheidend aber ist die Tatsache, daß die Spaltung der Arbeiterklasse im Imperialismus objektive Ursachen hat.

Nach Meinung der Zirkelblock-Theoretiker kann die kommunistische Partei jedes beliebige Kampfziel unabhängig von Ort, Zeit und Bedingung erreichen, sofern sie die "richtige" Politik macht. Wenn es Niederlagen gibt, so haben eben die Kommunisten mit ihren "schwerwiegenden

Fehlern" schuld. Daß es auch objektive Bedingungen, ein gesellschaftliches Kräfteverhältnis etc. gibt, scheint fürs Proletariat und seine kommunistische Partei nicht zu gelten.

Aber zurück zu L. und der faschistischen Massenbewegung! Um die "verfehlte Bündnispolitik" der KPD umso schwärzer und unverzeihlicher erscheinen zu lassen, malt L. das Kleinbürgertum ausdrücklich in den rosigen Farben. Das Kleinbürgertum ist für L. "potentiell revolutionär" und erst "das Scheitern der proletarischen Revolution ... läßt das Kleinbürgertum von der proletarischen revolutionären Bewegung abfallen (!!!) und eigene (!!!) politische Lösungen anheben". - L. läßt also die Kleinbürger zunächst mal in einer gemeinsamen Front mit dem Proletariat stehen, von dem sie dann "abfallen", weil die Arbeiterklasse mit der Revolution "scheitert", weil sie eine "verfehlte Bündnispolitik" betreibt, kurz: weils mit den Proleten nicht klapp! Die massenhafte Hinwendung des Kleinbürgertums zur bürgerlichen faschistischen Massenbewegung erscheint L. dann gar als Versuch "eigener" politischer Lösungen, die das Kleinbürgertum aus Trotz gegen das Proletariat an-geht, von dem es enttäuscht ist und von dem es sich stiefmütterlich behandelt fühlt.

Der Kleinbürger "an sich" ist für L. "potentiell revolutionär". Wenn diese herrliche Eigenschaft dann nicht so recht zum Tragen kommt, muß eben das "Versagen der Arbeiterklasse" Schuld haben. - Was sind das denn anderes als widerliche Rechtfertigungsversuche eines Kleinbürgers, der sein eigenes Schwanken noch dem Proletariat als "schuldhaftes Verhalten" aufsacken möchte? Und hilfreich kommt ihm C. B. zur Hilfe: "Es ist aber keineswegs ihre (der Kommunisten - Anm. UW) Aufgabe, das Kleinbürgertum zu kritisieren" (C. B., S. 20). Am Proletariat rummäkeln - jederzeit und herzlich gern! Aber Kritik an den Schwankungen des Kleinbürgertums - da hört der Spaß auf !!

Das Ringen um das Kleinbürgertum zwischen Proletariat und Bourgeoisie in der Nachkriegszeit und in der Krise 1929 ff. ist nicht so zu verstehen, daß das Kleinbürgertum zuerst unparteiisch über den Klassen thronte (oder gar auf Seiten des Proletariats stand), dann prüfte, auf welcher Seite sich die überzeugenderen Argumente und die stärkeren Bataillone befanden, um sich schließlich auf Seiten der Bourgeoisie zu schlagen.

Das deutsche Kleinbürgertum war lange vor 1914 mit jenen reaktionären Ideologien durchtränkt, die dann zu Bausteinen des faschistischen Ideologie-Breis wurden: Antisemitismus, Ideologie der "Herrenrasse", "Führer"-Kult, Pan-Germanismus, Militarismus etc. - Die faschistischen Ideologen erfinden kaum etwas Neues, sie führten im wesentlichen nur alte reaktionäre Ideologien zusammen.

Das Kleinbürgertum stellte schon vor 1914 die Massenbasis militant reaktionärer Organisationen der Bourgeoisie wie "Flottenverein" (Kampf gegen die englische See-Herrschaft), "Alldeutscher Verband" (Rüstungsinteressen), der unzähligen Kriegs- und Kolonial-Vereine u. a. m.

Daß das deutsche Kleinbürgertum in dieser Weise ideologisch bestimmt war, hängt natürlich mit der sozialen Lage dieser Klasse zusammen. Zugleich hat die Bourgeoisie aber auch ihrerseits bewußt an dieser reaktionären Ausrichtung des Kleinbürgertums (und Teilen des Proletariats) ge-

arbeitet (z. B. Schulunterricht, militärische Ausbildung, Propaganda in Presse und Literatur, finanzielle Förderung reaktionärer Vereinigungen u. a. m.). Von daher lagen also bestimmte Voraussetzungen vor, als dann mit der Nachkriegskrise und der noch schwereren Krise 1929 ff. die Radikalisierung der kleinbürgerlichen Massen eintrat.

So waren große Teile des deutschen Kleinbürgertums der Republik gegenüber äußerst feindselig eingestellt und unterstützten jede Bemühung, die auf deren Beseitigung gerichtet war. In den Klassenkämpfen 1919 - 23 trat das Kleinbürgertum vor allem in Gestalt der reaktionären "Freikorps" militant in Erscheinung, die während der Paralyse der bürgerlichen Heeres "ersatzweise" unter Regie der SPD-Führer die Arbeiterkämpfe niederschlugen. Der englische Historiker Waite hat die Freikorps als "Vanguard (Vorhut) of Nazism" bezeichnet (Robert Waite, Vanguard of Nazism - the free corps movement in postwar Germany, Cambridge/Mass. 1952). So findet man in der Tat erhebliche Momente der faschistischen Ideologie schon in weitgehender Ausformung bei den Freikorps; in einigen "Freikorps" wurde das Hakenkreuz schon getragen, ein "Freikorps" war an Hitlers "Marsch auf die Feldherrnhalle" 1923 beteiligt. Die "Freikorps" waren eine reaktionäre Schule, aus der zahlreiche hohe Führer der NSDAP und der SA hervorgingen. All dies natürlich ebenfalls nicht "unabhängig vom Willen der Bourgeoisie". - Festzuhalten ist, daß der deutschen Bourgeoisie 1918 sofort und spontan

tan eine breite konterrevolutionäre kleinbürgerliche Bewegung zur Verfügung stand, deren Grundlagen in der Zeit vor dem imperialistischen Krieg schon gelegt waren.

Daß dem deutschen Kleinbürgertum schließlich die bürgerlichen Parolen von der "Volksgemeinschaft", vom "Kampf gegen das jüdische Zins- und Wucherkapital" und von der "Rettung des Mittelstands" viel näher lagen als die sozialistische Perspektive der Arbeiterklasse, kann nicht schlechthin als verfehlte Bündnispolitik des Proletariats und seiner Kommunistischen Partei interpretiert werden. Bourgeoisie und Proletariat gingen unter sehr ungleichen Voraussetzungen in das Ringen um die kleinbürgerlichen Massen: von ihrer ganzen sozialen Lage her standen die Massen des deutschen Kleinbürgertums eher zur Bourgeoisie, und diese hatte überdies ungleich stärkere politisch-ideologische Mittel zur reaktionären Ausrichtung der radikalisierten kleinbürgerlichen Massen. Daß überdies die Arbeiterklasse in sich gespalten war, eine revolutionäre Partei erst nach dem Krieg entstanden war, wirkte sich unter diesen Umständen natürlich verhängnisvoll aus. - Für einige Theoretiker des Zirkelblocks jedoch reduziert sich alles darauf, daß die KPD den Kleinbürgern die sozialistische Perspektive bloß nicht überzeugend genug dargestellt hat. (davon grenzt sich allerdings C. B. ab, die es ablehnt, "die Bündnisbereitschaft der Kleinbürger ausschließlich von der richtigen Politik der Arbeiterklasse abhängig zu machen, wie es der Verfasser im NRF tut" - C. B., S. 20)

Auf der Suche nach dem "Wesen des Faschismus"

"Was ist der Faschismus seinem Wesen nach?", fragt C. B. - Im weiteren möchte sie dann "beweisen", daß der KB "politische Reaktion im allgemeinen mit dem Faschismus im besonderen" verwechselt, daß der KB überhaupt Allgemeines und Besonderes einfach gleichsetzt, daß er "Form" und "Wesen" verwechselt usw. usf. (C. B., S. 11 ff.).

C. B. greift zunächst einen Satz aus dem Arbeiterkampf Nr. 16 auf: "Der extremste Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion ist der Faschismus."

Was aber macht C. B. aus diesem Satz! Sie meint, wir würden darin den Faschismus "mit der von Lenin gekennzeichneten allgemeinen Wendung der Bourgeoisie von der Demokratie zur politischen Reaktion gleichsetzen". Offenbar besagt der zitierte Satz aber etwas ganz anderes: der Faschismus wird nicht der allgemeinen Wendung (= "grundsätzliche Tendenz") zur Reaktion gleichgesetzt, sondern als deren besonderer (= "extremster") Ausdruck

bezeichnet. Dazu haben wir dann, vor allem im Arbeiterkampf Nr. 17, beschrieben, worin eben im Einzelnen der "Unterschied zwischen der politischen Reaktion unter der Herrschaftsform der bürgerlichen Republik und der Herrschaftsform des Faschismus" (C. B., S. 12) besteht. Wie blöd sollen eigentlich die Leser des NRF sein, die C. B. übers Ohr hauen will?

Etwas weiter schreibt C. B.: "Die Theoretiker im 'Arbeiterkampf' begnügen (!) sich damit, aus dem 10. Kapitel von Lenins Schrift 'Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus' die 'vier Haupterscheinungsformen des Monopolkapitalismus' als 'Merkmale' des Imperialismus zusammenzufassen" (C. B., S. 12). Hier soll dem KB offenbar wieder Verwechslung von "Form" und "Wesen", von Erscheinungsform und Merkmal etc. untergejubelt werden.

In diesem Fall neigen wir zur Annahme, daß C. B. hier einmal nicht bewußt lügt, sondern sich wirklich in einem Irrtum befindet: Sie hat zwar recht, daß Lenin

im 10. Kapitel seiner Imperialismus-Analyse von "vier Hauptarten der Monopole oder Haupterscheinungsformen des Monopolkapitalismus" spricht. C. B. hätte aber auch feststellen können, daß sich die entsprechende Stelle im ARBEITERKAMPF 16 gar nicht auf Lenins 10. Kapitel beziehen kann; von den vier Merkmalen, die der ARBEITERKAMPF nennt, stimmt nur eins mit den im 10. Kapitel genannten "Haupterscheinungsformen" überein.

Die entsprechende Stelle im ARBEITERKAMPF 16 bezieht sich vielmehr auf das 7. Kapitel von Lenins Schrift. Lenin spricht dort von der "Definition" (!) des Imperialismus, "die folgende fünf seiner grundlegenden Merkmale (!) enthalten würde ..." - Lenin nennt dann fünf "Merkmale". Davon finden sich die ersten vier im ARBEITERKAMPF 16 wieder, das fünfte ("die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmäch-

C.B.'s Schwierigkeiten mit dem Überbau

Im Abschnitt "Das Verhältnis von ökonomischer Basis und politischem Überbau" schreibt C. B. über den Imperialismus:

"Das ökonomische Herrschaftsverhältnis drückt sich politisch in der Abschaffung der Demokratie auch für die Bourgeoisie selbst aus..." (S. 13)

Das sagt C. B. nicht etwa über den Faschismus, das sagt sie tatsächlich über den Imperialismus "im Allgemeinen": er beseitigt die Demokratie "auch für die Bourgeoisie selbst".

C. B. begründet (?) diese Behauptung damit, daß die "öffentliche politische Austragung von Konflikten" (im Parlament) durch die "Herrschaft mächtiger Monopolgruppen" ersetzt worden sei. Die bürgerlichen Parteien seien im Imperialismus nicht mehr Interessenvertreter "der unterschiedlichen Bourgeoisiefractionen", sondern "Instrumente der Massenmobilisierung und Massenbindung". Und: "Die Herausbildung des Zweiparteiensystems in den kapitalistisch fortgeschrittensten Ländern ist der politische Ausdruck dieser Veränderung..." (S. 13)

Die These über das Zweiparteiensystem klingt plausibel, ist es aber nicht wirklich. Entgegenhalten läßt sich, daß in imperialistischen Ländern wie Italien und Frankreich oder auch Japan kein Zweiparteiensystem besteht; in der BRD ist das Zweiparteiensystem (SPD - CDU/CSU) ebenfalls nicht total (die FDP hat bei den letzten Wahlen sogar eine steigende Massenbindung gezeigt). Im "klassischen" Land des Zweiparteiensystems, in Großbritannien, hat sich dieses System historisch durchgesetzt, und zwar lange vor dem Eintritt des britischen Kapitalismus ins imperialistische Stadium. Ob das Zweiparteiensystem für die Massenbindung im Imperialismus wirklich optimal ist, muß bezweifelt werden.

te ist beendet") wurde ausgelassen. Lenin sagt dazu freilich, daß eine Definition "niemals die allseitigen Zusammenhänge einer Erscheinung in ihrer vollen Entfaltung zusammenfassen kann" und bemerkt, daß sich seine Definition nach "fünf Merkmalen" beschränkt auf die "grundlegenden rein ökonomischen Begriffe" (der ARBEITERKAMPF 16 beschränkte sich nicht auf diese rein ökonomische Definition, sondern hob politisch u. a. die grundsätzliche Tendenz zur gesteigerten Reaktion hervor).

Nachdem C. B. so mit Verdrehungen und Fehlinterpretationen ein gräßliches Kuddelmuddel angerichtet hat, stellt sie sich in der Positur eines "Alexander des Großen" vor den selbstfabrizierten "Gordischen Knoten" und ruft: "Versuchen wir, dieses Knäuel zu entwirren!" (C. B., S. 12)

Unabhängig von diesem Neben-Punkt wird nicht einsichtig, warum C. B. diesen Zustand als "Abschaffung der Demokratie auch für die Bourgeoisie selbst" bezeichnet. Es ist doch offenbar, daß der Imperialismus die bürgerliche Demokratie nicht grundsätzlich aufhebt (auf S. 14 notiert C. B. korrekt, daß es der Faschismus ist, der die bürgerliche Demokratie abschafft.) Also müssen wir schlußfolgern, daß C. B. einen feinen Unterschied macht zwischen "Demokratie (auch) für die Bourgeoisie" (die der Imperialismus "im Allgemeinen" angeblich abschafft durch Zweiparteiensystem etc.) und der "bürgerlichen Demokratie" (die der Faschismus durch die Herrschaft einer Partei aufhebt). Wie kann man diese feine Differenzierung der Begriffe erklären? Zufälliger Wort-Salat, oder etwa eine echte neue Theorie über "Demokratie als solche"?

Das Verwirrende bei C. B. setzt sich fort, wenn sie (auf den Faschismus bezogen) schreibt:

"Die Bourgeoisie liquidiert ihren eigenen Überbau(!), um ihn durch einen Demokratie entgegengesetzten Überbau zu ersetzen" (C. B. S. 14)

Und es wird noch interessanter, wenn C. B. meint:

"Politisch sprengt er (der Faschismus - Anm. UW) die bürgerliche Herrschaftsform (!!!) des Kapitalismus, die parlamentarische Republik" (C. B., S. 15).

Wenn C. B. meint, der Machtantritt des Faschismus bedeute, daß die Bourgeoisie ihren "eigenen" Überbau "liquidiert", so hätte sie lieber k o n k r e t untersuchen sollen, welche Teile des Überbaus die Bourgeoisie wirklich aufhob und welche sie auch im Faschismus bestehen ließ. Indem C. B. aber den Überbau zur imperialistischen Ökonomik schlechthin mit "bürgerliche Repu-

blik" gleichsetzt, erscheint ihr natürlich die Liquidierung der bürgerlichen Republik als Liquidierung des "eigenen" Überbaus der Bourgeoisie überhaupt.

Überdies bemerken wir, daß C. B. für die bürgerliche Republik die kuriose Bezeichnung "bürgerliche Herrschaftsform des Kapitalismus" findet - also einen Gegensatz macht zwischen "bürgerliche Herrschaftsform" und faschistische Herrschaftsform. Daß das kein einmaliger Patzer ist, zeigt sich, wenn C. B. die "bürgerliche Partei" als Typus im antagonistischen Widerspruch zur faschistischen Partei beschreibt (C. B., S. 24). Wir meinen ja, daß "faschistisch" eben eine besondere Form von "bürgerlich" bezeichnet, aber nicht einen Gegensatz dazu. Bei C. B. scheint das durcheinander zu gehen. Offenbar hat C. B., ähnlich wie L., Schwierigkeiten, den bürgerlichen Charakter des Faschismus konsequent im Kopf zu behalten. Wir denken dabei an L.'s These, der Faschismus sei als Versuch des Kleinbürgertums zu verstehen, "eigene politische Lösungen" anzugehen. C. B. steigert sich sogar noch, indem sie wettet: "... daß diese gegen die ökonomische und politische Ordnung der Bourgeoisie gerichtete Ideologie (C. B. spricht vom Faschismus! - Anm. UW) die Weltanschauung des gegen die Republik in Bewegung geratenen Kleinbürgertums war, all dies verschweigt der 'Arbeiterkampf'."

Der Faschismus ist eine "Weltanschauung" des Kleinbürgertums, die sich gegen die ökonomische und politische Ordnung der Bourgeoisie richtet? Noch deutlicher konnte

C.B. widerlegt die faschistische Gefahr

Die Konfusion von C. B. erreicht einen Höhepunkt, wenn sie auf den aktuellen Aspekt der Faschismus-Frage zu sprechen kommt.

In AK 17 hatte gestanden:

"Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: die CDU/CSU ist keine faschistische Partei und die mögliche Rückkehr der CDU/CSU an die Regierung würde noch nicht den Faschismus bedeuten. Die CDU/CSU hat jedoch eine klare faschistische Tendenz und könnte sich unter Umständen zu einer neuen faschistischen Partei entwickeln."

Darauf antwortet C. B.:

"Es widerspricht aber dem qualitativen Unterschied zwischen Faschismus und Republik, daß sich eine bürgerliche Partei in eine faschistische verwandeln (!) kann und umgekehrt. Dieselbe Partei, die sich jahrelang vor den Wählern auf die parlamentarische Ordnung oder "freiheitlich demokratische Ordnung" festlegte, kann nicht plötzlich (!) als deren entschiedenster politischer Gegner auftreten, wie umgekehrt eine faschistische Partei nicht plötzlich als bürgerliche Partei auftreten kann..." (S. 24).

C. B. kaum enthüllen, wie sehr ihr die bürgerliche Faschismus-Interpretation im Kopf herumspukt!!

C. B. hatte geschrieben, mit dem Faschismus liquidiere die Bourgeoisie "ihren eigenen Überbau". Aber sehen wir die historischen Tatsachen. Der deutsche Faschismus z. B. hat die bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme der NSDAP) und das bürgerliche Parlament (nicht formal, aber seinem früheren Inhalt nach) tatsächlich beseitigt. Er hat aber nicht die bürgerlichen Gefängnisse und Zuchthäuser aufgehoben (sondern sie im Gegenteil verstärkt mit antifaschistischen Arbeitern u. a. gefüllt), er hat nicht die bürgerliche Armee aufgehoben (obwohl es dahin gehende Pläne z. B. innerhalb der SA gab, die denn auch 1934 wesentlich liquidiert wurde!), der Faschismus hat die bürgerlichen Behörden im wesentlichen nicht aufgehoben. Vergleichbares gilt für die anderen Bereiche des Überbaus - Kultur, Ideologie, Moral etc.

Der Faschismus hat eben den bürgerlichen Staat und die anderen Elemente des Überbaus zur imperialistischen Ökonomie im Wesentlichen gerade nicht liquidiert, sondern übernommen und der Bourgeoisie lediglich in noch totalerer Weise als zuvor unterworfen. Dieser Unterschied wird sehr klar, wenn die faschistische "Machtergreifung" (die sich ja selbst gern als "Revolution" ausgab) verglichen wird mit der proletarischen Revolution, die in der Tat den bürgerlichen Staat und die anderen Elemente des Überbaus zu liquidieren und völlig zu "ersetzen" hat (durch den proletarischen Staat, proletarische Kultur etc.).

C. B.'s ulkige Vorstellung von "Dialektik" macht es offenbar grundsätzlich überflüssig, irgendein Problem konkret zu untersuchen. "Es widerspricht dem qualitativen Unterschied", und damit basta!... Und wenn die Tatsachen sich nicht an C. B.'s "streng wissenschaftliche" Grundsätze halten, dann haben die Tatsachen eben selbst schuld!...

Offenbar besteht doch zwischen reformistischer und revolutionärer Politik ein qualitativer Unterschied. Kann sich deshalb eine revolutionäre nicht zu einer reformistischen Partei entwickeln (z. B. die SPD) ...? Und ein qualitativer Unterschied besteht auch zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Trotzdem kann eine Partei des Sozialismus zur Partei der kapitalistischen Restauration werden (z. B. die laut Schmierer inzwischen gar "sozialfaschistische" KPdSU). - Solche Verwandlungen eines Dinges in sein Gegenteil sind durchaus möglich.

Nun verwendet C. B. aber einen zusätzlichen Trick, indem sie im ersten Satz etwas anderes schreibt als im zweiten: im ersten Satz leugnet C. B. grundsätzlich die Möglichkeit, daß sich ein Ding in etwas qualitativ anderes verwandeln

kann. Im zweiten Satz schiebt sie dann listig das Wörtchen "plötzlich" ein - eine "bürgerliche Partei" kann nicht "plötzlich" als faschistische Partei "auftreten". Das hatte freilich auch niemand behauptet. AK 17 sagte deutlich: "... sich unter Umständen zu einer neuen faschistischen Partei entwickeln", und nicht etwa "plötzlich auftreten". C. B.'s Grundprinzip ist es, den Standpunkt vom KB und AK erst einmal zu verfälschen, bevor sie sich mit ihm "auseinandersetzen".

Auf die kuriose Verwendung des Begriffs "bürgerliche Partei" als gegensätzlich zur faschistischen Partei sind wir schon eingegangen. - C. B. definiert an der wiedergegebenen Stelle die faschistische Partei in einer ganz bestimmten Weise. Die "bürgerliche Partei" charakterisiert sie dadurch, sie hätte sich auf die "freiheitlich-demokratische Ordnung" festgelegt; dagegen würde die faschistische Partei als entschiedenster politischer Gegner der "freiheitlich-demokratischen Ordnung" auftreten. (Und eine Partei, die das eine tut, kann eben nicht zu einer Partei werden, die das andere tut - sagt C. B.).

Was ist dann überhaupt heute eine faschistische Organisation? C. B. hat NPD und "Aktion Widerstand" als faschistische Organisationen bezeichnet (C. B., S. 23). Offenbar treten diese Organisationen aber doch nicht als "entschiedenster politischer Gegner" der bürgerlichen Demokratie auf. Das wäre eine Verkennung ihrer Ideologie und Programmatik.

Hitlers NSDAP konnte offen die Liquidierung der "Weimarer" Republik fordern. So appellierte sie zum einen an die konservativen, anti-republikanischen Stimmungen breiter kleinbürgerlicher Massen, zum anderen entsprach diese Parole aber auch der Radikalisierung des Kleinbürgertums durch die ökonomisch-politische Krise des bürgerlichen Staates. Die Parole der Liquidierung der "Weimarer" Republik war ebenso offen reaktionär wie andererseits auch pseudo-revolutionär. -

Heute ist keine faschistische Organisation möglich, die offen die Beseitigung der bürgerlichen Demokratie fordert. Das gilt auch für faschistische Organisationen in anderen west-europäischen Ländern, z. B. das italienische MSI.

Ein besonders "schlimmer" Vorwurf

C. B. hat herausgefunden, daß der KB in Wahrheit gar nicht den antifaschistischen Kampf führt, sondern daß er - unerhört! - gegen die Bourgeoisie (!!) kämpft:

"Der antifaschistische Kampf im 'Arbeiterkampf' richtet sich ... nicht gegen den Faschismus, sondern in der Logik der Kleinbürger direkt gegen die 'Kapitalistenklasse'" (C. B., S. 24)

Was C. B. mit diesem zunächst seltsam anmutenden Vorwurf sagen will, wird im weiteren Text ihres Artikels dann klar. Zunächst greift C. B. ein Zitat aus AK 17 auf. Wir

Im Programm der NPD heißt es unter Punkt 1: "Die NPD bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, weil sie ein Höchstmaß persönlicher Freiheit gewährt und so viel Ordnung setzt, wie notwendig ist. Der freiheitlich-demokratische Staat muß ein Rechtsstaat sein..."

Dieses Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie bestärkt wesentlich die aktuelle Ideologie der faschistischen Organisationen (Verteidigung der "Freiheit" gegen den "Bolschewismus", wobei der Begriff des "Bolschewismus" in der Regel die SPD miteinbezieht).

Wenn die faschistische Partei nach Meinung von C. B. dadurch gekennzeichnet ist, daß sie als "entschiedenster politischer Gegner" der bürgerlichen Demokratie auftritt, dann hätte sie auch die NPD nicht als faschistische Partei bezeichnen dürfen, dann gäbe es in der BRD überhaupt keine faschistische Partei. Dieses Mißverständnis, als müßte der Faschismus unbedingt auch heute und schon heute als "entschiedenster politischer Gegner" der bürgerlichen Demokratie offen "auftreten", führt natürlich dazu, daß C. B. auch die vom AK angeführten Äußerungen z. B. von Strauß und einzelnen Kapitalisten völlig falsch interpretiert. Ein Zitat, in dem ein Kapitalist gegen das "Gespenst der Diktatur" Stellung nimmt, deutet C. B. also folgendermaßen: "... Dadurch unterscheidet sich diese Demagogie von der faschistischen, die explizit (!) die faschistische Diktatur der bolschewistischen Diktatur entgegensetzt." (C. B., S. 21)

Wenn C. B. freilich verlangt, daß wir ihr "zum Beweis" einen Kapitalisten oder bürgerlichen Politiker beibringen, der heute "explizit" (d. h. ausdrücklich) die faschistische Diktatur der bolschewistischen Diktatur entgegensetzt, so müssen wir ehrlich passen. Mit so rarem Exemplar können wir ihr nicht dienen. -

Falls sich C. B. indessen die Mühe konkreter Untersuchungsarbeit gemacht hätte, so hätte ihr auffallen müssen, daß nicht einmal die NSDAP explizit die faschistische Diktatur propagierte. Weil C. B. völlig unzutreffende, naive Vorstellungen vom Faschismus hat, sucht sie nach "Indizien" für den Faschismus, die er noch nie gehabt hat; und wenn dann C. B. diese "Indizien" nicht findet, so ist auch die faschistische Gefahr schon widerlegt.

zitiert es hier vollständig und geben zugleich durch Unterstreichen an, welchen Teil davon C. B. in ihrem Artikel zitiert:

"Nötig ist es, hier und heute den antifaschistischen Kampf, den Kampf gegen die Gefahr eines neuen Faschismus zu führen. Dieser Kampf ist nicht in erster Linie Kampf gegen die NPD und andere rechtsradikale und faschistische Gruppierungen - ohne diesen Kampf vernachlässigen zu wollen - sondern ist in erster Linie Kampf gegen die schrittweise

Faschisierung von Staat und Gesellschaft durch die Bourgeoisie, also Kampf gegen die konkreten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Kapitalistenklasse.

So wie C. B. den Satz des AK verstümmelt - sozusagen "köpft" -, geht seine eigentliche Stoßrichtung (gegen eine bornierte, auf NPD etc. fixierte Form des antifaschistischen Kampfes) verloren; d. h. der Sinnzusammenhang ist nicht mehr erkennbar, in den diese Aussage des AK gestellt ist.

Das ist eine beliebte Methode von C. B. und der Zirkelblock-Theoretiker überhaupt, Sätze so zu zerpfücken, daß sie ihre Aussagekraft verlieren und zum beliebig knetbaren Rohmaterial für die kühnsten "Beweisführungen" werden.

Wenn man in derselben Nummer des AK (also 17) die Seite 2 aufschlägt (Mai-Plattform), kann man dort den Satz finden (C. B. hat ihn allerdings "nicht gefunden").: "... Der Kampf gegen die schrittweise Faschisierung und Militarisierung von Staat und Gesellschaft muß von der Arbeiterklasse nicht nur gegen die CDU/CSU, sondern auch gegen die SPD/FDP-Regierung als gegenwärtige Geschäftsführerin der Kapitalistenklasse geführt werden."

Hier ist die Stoßrichtung der Aussage erkennbar eine andere. Von der Kapitalistenklasse ist da gar nicht die Rede. Es geht in diesem Fall nämlich konkret um die Abgrenzung von der Demagogie des "kleineren Übels", die die SPD schonen und den Kampf ausschließlich gegen die CDU/CSU richten möchte. Also ist in diesem Satz der Schwerpunkt auch anders gelegt als im obigen Satz. Zwischen den beiden Sätzen ist gar kein Widerspruch, sie behandeln lediglich zwei Aspekte derselben Sache. Ihr Sinn wird jedoch nur klar, wenn sie vollständig genommen werden.

Aber sehen wir nun die weitere "Argumentation" von C. B. Sie schreibt im Anschluß an das oben wiedergegebene verstümmelte Zitat aus AK 17:

"... Was hier verbal als Kampf ausgegeben wird, ist in Wahrheit die vollständige politische Entwaffnung der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse, ist immer in erster Linie Kampf um die Massen, Kampf um die Einheit und politische Selbstständigkeit der Arbeiterklasse und Kampf um die Verbündeten der Arbeiterklasse, d. h. aber ideologischer und politischer Kampf gegen diejenigen bürgerlichen Parteien (!), die als Agenten der Kapitalistenklasse die Massen an sich binden und dadurch die Herrschaft der Bourgeoisie über die Massen des Volkes und gegen die Massen des Volkes überhaupt erst möglich machen. Gerade von diesem Kampf lenken die opportunistischen Taktiker im 'Arbeiterkampf' mit der Leerformel (!) vom 'antifaschistischen Kampf' gegen die Kapitalistenklasse ab." (C. B., S. 24)

Nun wird C. B.'s Kritik schon klarer: C. B. will den Kampf gegen den Faschismus in erster Linie gegen die bürgerlichen Parteien führen; indem aber der KB den antifaschistischen Kampf "direkt" (!) gegen die Kapitalistenklasse führt, lenkt er vom Kampf gegen die bürgerlichen Parteien ab. Und weiter mit C. B.:

"Der 'Arbeiterkampf' entzieht mit seiner Aufforderung 'Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalistenklasse' dem Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte die

eigentliche politische Stoßrichtung (!) des demokratischen Kampfes und verhindert damit zugleich, daß die Arbeiterklasse in diesen Kämpfen lernt, die Sozialdemokratie als bürgerliche Partei, als Vertreterin der Interessen der Kapitalistenklasse in Regierung und Gewerkschaft zu erkennen und eine selbstständige Klassenpolitik zu entwickeln." (C. B., S. 25)

Nun ist die Katze endlich aus dem Sack! Der "Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalistenklasse" entzieht dem demokratischen (und antifaschistischen) Kampf die "eigentliche" Stoßrichtung. Was für eine Stoßrichtung? Na, gegen die SPD natürlich. Und wer da - wie der KB - "direkt" gegen die Kapitalisten kämpft, statt den Hauptstoß gegen ihre sozialdemokratische Agentur zu richten, der "lenkt ab", "entzieht dem Kampf die eigentliche politische Stoßrichtung"; aber nicht nur das: er begibt sich ins "Schlepptau" der SPD, er begeht "opportunistische Anpassung", ist ein "opportunistischer Liquidator", "sabotiert den Klassenkampf" und führt "mit absoluter Sicherheit in die nächste Niederlage" - jetzt erst hat C. B. ihr Magazin gänzlich leergeschossen. (C. B., S. 26)

Erinnert uns diese Schimpfkanonade denn nicht an irgend-etwas? Aber gewiß doch! Da gab es während der Metalltarifrunde '71 eine Auseinandersetzung zwischen der damals formierten Aktionseinheit (ABG München, KB/ML Westberlin, KBB, KB u. a.) einerseits und der KPD/ML (ZB) andererseits. Es ging dabei um folgendes: Die Aktionseinheits-Organisationen hatten eine Plattform abgefaßt, in der es u. a. hieß: "Wir gehen von der Einschätzung aus, daß wir in den Tarifikämpfen die Arbeiterklasse gegen ihren Hauptfeind, gegen die Bourgeoisie, führen müssen, und nicht die Hauptagitationslinie auf die Entlarvung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer richten dürfen."

Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß diese Passage der Plattform auf Initiative der Genossen vom KBB zustande kam, was wir ihnen ausdrücklich als politischen Verdienst anrechnen.

Auf diese Plattform hin gab es alsbald Beschuß von der KPD/ML (ZB), die der Aktionseinheit vorwarf, sie führe damit "den falschen Hauptstoß und schwächt dadurch den Kampf gegen die Sozialdemokratie ab". Man müsse doch "den Hauptstoß gegen die SPD richten". In ihrer "Roten Fahne" stellten diese linken Vögel tatsächlich die ernstgemeinte Frage "Kampf den SPD-Führern oder Kampf den Kapitalisten?", wobei natürlich nur das erste für sie in Frage kam. (Zu dieser Auseinandersetzung: KAB-AZ 11/12, S. 32-33).

Schimpfen kann C. B. vielleicht besser als die ZB-Leute. Aber politisch ist ihr auch nicht mehr eingefallen, als deren absurde Angriffe zu wiederholen: der Kampf gegen die Kapitalisten lenkt vom Kampf gegen die SPD ab. Wir verzichten an dieser Stelle darauf, nochmals zu erklären, warum der Kampf eben grundsätzlich gegen die Kapitalistenklasse zu führen ist, und nicht mit "Hauptstoß" gegen bürgerliche Parteien. Wenn die führenden Genossen vom KBB etwas nachdenken, so werden ihnen gewiß ihre eigenen Ausführungen dazu während der Metall-Tarifrunden-Aktionseinheit 71 wieder einfallen.

Bei C. B. liegt der Fall aber noch um einiges schlimmer. Sie klagt, daß der "direkte" Kampf gegen die Bourgeoisie vom Kampf gegen die SPD "ablenken" könnte. Aber sie tut ja darüberhinaus alles Erdenkliche, um den bürgerlichen Charakter des Faschismus überhaupt wegzuleugnen. Die "bürgerliche Herrschaftsform" stellt sie in Widerspruch zur "faschistischen Herrschaftsform", die "faschistische Partei" stellt sie in antagonistischen (!) Wider-

spruch zur "bürgerlichen Partei", endlich erscheint ihr gar der Faschismus als "Weltanschauung des Kleinbürgertums", die sich gegen die Bourgeoisie selbst richtet (vgl. dazu den Abschnitt "C. B.'s Schwierigkeiten mit dem Überbau"). In derartigen kleinbürgerlichen Theorien über den Faschismus befangen, kann C. B. freilich nicht begreifen, daß der antifaschistische Kampf immer anti-kapitalistischer Kampf ist.

Anhang :

WIE DER KB BREMEN AN DIE FASCHISMUSFRAGE 1971 HERANGING

Der Vorläufer der "Wahrheit", nämlich die "Kommunistische Arbeiterkorrespondenz" (KAK), nahm im April 71 unter dem Titel "Die Erfahrung des Faschismus und die Einschätzung der Mittelschichten" Stellung (KAK, Nr. 5, S. 6 und 7).

Dieser Artikel versucht die von G. Dimitroff auf dem VII. KOMINTERN-Kongreß gegebene Einschätzung der faschistischen Massenbewegung mit Hilfe der modernen liberalen oder pseudo-marxistischen Faschismus-Kritik zu "korrigieren".

Diese moderne links-bürgerliche Faschismus-Kritik behauptet u. a., die Kommunistischen Parteien hätten gegenüber dem Faschismus eine sogenannte "Agenten-Theorie" vertreten: den Faschismus also nur als "Agenten" des Kapitals begriffen, statt als relativ selbstständige Massenbewegung.

Diese Kritik nahm damals der KBB auf, indem er die These von Kühnl zitierte, daß "der Faschismus nicht als bloßer Büttel des Kapitals zu begreifen ist, sondern als spontan entstandene Massenbewegung - einen selbstständigen Machtfaktor darstellt". Dem weiteren Gedankengang Kühnls folgend schrieb die KAK 5:

"... Die faschistische Massenbewegung sei jedoch nicht in der Lage, selbstständig die Macht zu ergreifen, sondern bedürfe der massiven Unterstützung

der Großbourgeoisie. Wenn diese Einschätzung zutrifft, so kann die herrschende Klasse den Faschismus nicht nach Belieben produzieren, aufblasen und als Instrument für die eigene Sache einsetzen ..."

Der Artikel in KAK 5 verheimlicht nicht die damalige Unsicherheit der KBB-Führer gegenüber der links-bürgerlichen Faschismus-Kritik. "Wenn diese Einschätzung (Kühnl's - Anm. der Red.) zutrifft", aber die KBB-Führer ließen diese Frage noch offen. Unsicherheit nicht nur in der Faschismus-Frage, sondern auch gegenüber dem modernen Revisionismus verrät die naive Frage:

"Ist nicht vielleicht die Unfähigkeit von KPD und DKP zur Anleitung der Studentenbewegung zurückzuführen auf eine in Dimitroffs Komintern-Thesen enthaltene falsche Einschätzung der Mittelschichten als völlig aktionsunfähige Gruppen?" (Hervorhebung in der KAK).

In KAK 7 wurde der Artikel aus KAK 5 zum Teil korrigiert (KAK 7, S. 16 - 18):

"Die von uns an Dimitroffs Faschismus-Einschätzung geübte Kritik trifft nicht den Kern der Sache. Es ist zwar richtig, die Auffassung zurückzuweisen, der Faschismus sei nur ein 'raffiniertes Maskenspiel des Imperialismus' (KAK Nr. 5, S. 6). Die Kritik schießt jedoch über ihr Ziel hinaus, wenn im Faschismus eine 'spontan entstandene Massenbewegung' bzw.

ein 'selbstständiger Machtfaktor' gesehen wird."

Es wird dann im weiteren in KAK 7 ausgeführt: die wesentliche Bedingung für das Entstehen der faschistischen Massenbewegung sei die Radikalisierung des Kleinbürgertums gewesen. Diese Radikalisierung sei verursacht worden durch die schnelle Verelendung des Kleinbürgertums als Folge der Krise des Imperialismus. Über die Richtung, in der das Kleinbürgertum sich radikalisierte habe das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat entschieden. Das Proletariat habe nach

seiner Niederlage 1918-23 seine "Führungsaufgabe nicht mehr wahrnehmen" können. Dieses "Scheitern der deutschen Arbeiterklasse an ihren Aufgaben" sei "eine Frage an die Politik der Kommunisten".

Im zweiten Teil des Artikels in KAK 7 wird behauptet, daß die faschistischen Organisationen "von vornherein als Organe der Formierung des Kleinbürgertums zu einer konterrevolutionären Reservearmee des Monopolkapitals funktionierten". Ihr "von vornherein angelegter Zweck" sei gewesen, "die Errichtung der terroristischen Diktatur des Monopolkapitals zu ermöglichen".

Arbeiterkampf



WAS DENN SONST ?

DISKUSSIONSBEITRAG EINES GENOSSEN DER ANTIFASCHISTISCHEN KOMMISSION DES SOZIALISTISCHEN STUDENTENBUNDES

Zur Faschismusk Diskussion

Im NRF wurden in letzter Zeit einige Aufsätze abgedruckt mit dem Anspruch, im Rahmen der Programmdiskussion die "Faschismusfrage" zu klären:

- 1) J. Schmierer: "Thesen zur Faschismusfrage" (NRF 3/72)
- 2) "Die deutsche Monopolbourgeoisie und ihr faschistischer Ausweg aus der Krise der Weimarer Republik" (NRF 3/72)
- 3) Christine Bucher: "Vom Standpunkt der großen Kleinmütigkeit zum Standpunkt des kleineren Übels" (NRF 6/72).

Aufgabe dieses Papiers soll es nicht sein darzulegen, daß diese Aufsätze nicht geeignet sind, die Gefahr eines neuen Faschismus einzuschätzen, weil die wesentlichen Fragen gar nicht angeschnitten werden oder falsch behandelt werden. Ich erinnere nur an die These Schmierers, daß die "Allparteienregierung der inneren Sicherheit" sich zunehmend "in einer Front gegen die Massen zusammenschließen" wird, die schon in AK 22 hinreichend kritisiert wurde. Des weiteren soll hier nicht weiter auf die Funktion des Artikels von Christine Bucher eingegangen werden (siehe hierzu AK 25). In diesem Zusammenhang muß aber unbedingt darauf hingewiesen werden, daß sich jeder, der sich mit dem Artikel von Chr. B. beschäftigen will, vorher noch einmal die Faschismusartikel in AK 16, 17 und 18 durchlesen sollte. Sonst wird man sich nicht zurechtfinden, weil Chr. B. eine Spitzenleistung an Verdrehungen und Unterstellungen erbracht hat.

Aufgabe dieses Papiers soll es sein, einige grundsätzlich falsche Positionen über das Wesen des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, festgemacht an der "Faschismusfrage", aufzuzeigen. Diese grundsätzlich falschen Positionen ließen sich auf an der Einschätzung der Sozialdemokratie aufzeigen. Auch in dieser Frage herrscht bei KBB/NFR ziemliche Verwirrung. Super "linke" und rechtsopportunistische Positionen geben sich in dieser Frage die Hand. (Siehe hierzu z. B. die Einschätzung der Notstandsgesetze durch Chr. B., S. 24r).

Verhältnis von Imperialismus und Faschismus

Zu Beginn der Faschismus-Artikelserie werden in AK 16 die wichtigsten Merkmale des Imperialismus aufgeführt.

Auf der politischen Ebene wird der Imperialismus mit einem Leninzitat als "Reaktion auf der ganzen Linie" gekennzeichnet. An diesem Passus anschließend wird festgestellt: "Der extremste Ausdruck der grundsätzlichen Tendenz des Imperialismus zur gestiegenen Reaktion ist der Faschismus". In dieser Aussage sieht Chr. B. eine "Gleichsetzung von Allgemeinem und Besonderem" (S. 121). Hier braucht nicht weiter auf den Vorwurf der Gleichsetzung von der allgemeinen Tendenz zur Reaktion und Faschismus eingegangen zu werden. Jeder Leser des AK wird ohne weiteres feststellen, daß der Faschismus durchaus als eine besondere Herrschaftsform der imperialistischen Bourgeoisie gekennzeichnet wird.

Das wichtigste an dem Vorwurf Chr. B. s ist, daß vermutet werden kann, daß sie die grundsätzliche Tendenz des Imperialismus zur Reaktion und den Faschismus für etwas Gegensätzliches hält. Bestärkt wird diese Vermutung durch folgendes Zitat. Chr. B. gibt Lenin zwar richtig wieder: "Die ökonomische Basis des Imperialismus ist in Widerspruch geraten zur Demokratie, deshalb ist politische Reaktion das allgemeine Wesen, die allgemeine Tendenz" (S. 12r). Sie fährt dann aber fort: "Unter welchen politischen Formen und mit welchen Methoden die Bourgeoisie herrscht, ist eine andere, aber äußerst wichtige Frage." (unterstrichen von mir). Eine solche Trennung vorzunehmen ist unzulässig und führt letzten Endes in des Teufels Küche, wie wir noch sehen werden. Hat Dimitroff nicht recht, wenn er sagt, daß "vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstapen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern"? Es kommt doch gerade darauf an, das Besondere nicht vom Allgemeinen zu trennen, sondern in der allgemeinen Tendenz die besonderen faschistischen Elemente zu erkennen. Es ist doch nicht so, daß die Bourgeoisie mit der bürgerlich-parlamentarischen Herrschaftsform beliebig reaktionäre Maßnahmen durchsetzen kann, ohne daß das Rückwirkungen auf ihre "demokratische" soziale Basis hat. Mit diesen reaktionären Maßnahmen werden zunehmend auch Illusionen bei der sozialen Basis der bürgerlichen Demokratie zerstört. Dieses bietet einerseits natürlich gute Ansatzmöglichkeiten für die

Arbeit der Kommunisten. Andererseits können sich auf dem Boden dieser zerstörten Illusionen aber auch leicht faschistische Ideologien (angefangen mit: Parlament = Schwatzbude, usw.) ausbreiten, was die Bourgeoisie natürlich als Ergänzung zu der Anhäufung reaktionärer Maßnahmen in Form einer sozialen Stütze fördern wird.

Es ist falsch, wenn Chr. B. schreibt: "Die Vorstellung einer schrittweisen Entwicklung zum Faschismus, der sogenannten "Faschisierung" der Gesellschaft, die nichts anderes darstellt als eben jene Anhäufung reaktionärer Maßnahmen durch die Bourgeoisie, entspringt einer mechanischen Vorstellung von der Entwicklung der Dinge, ..." (S. 151). Wenn wir nicht aus den Niederlagen der Arbeiterbewegung lernen und nicht frühzeitig gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie, die dem Faschismus den Weg bereiten, kämpfen, werden wir nicht den Sieg des Faschismus verhindern, sondern ihn erleichtern.

Wann greift die Bourgeoisie zum Faschismus?

Nach Chr. B. läßt sich eine "faschistische Situation" durch zwei Bestimmungen festlegen: "Der Faschismus wird möglich durch die Schwäche der Arbeiterklasse in einer objektiv revolutionären Situation" (S. 18r). Daß der Faschismus von einer Schwäche des Proletariats zeugt, ist banal. Was versteht Chr. B. aber unter einer "objektiv revolutionären Situation"? Dazu läßt sie sich in ihrem Aufsatz leider nicht näher aus. Das ist umso erstaunlicher, als in AK 17 (S. 9, 3. Spalte) schon eine ähnliche Frage, die in die gleiche Richtung zielte, gestellt wurde.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, was Chr. B. aus dem Fragenkomplex, der mit der Frage "Wann tritt eine solche Situation ein?" eingeleitet wird, macht. Sie bemüht sich nicht etwa um eine Klärung der Fragen, sondern konstruiert aus ihnen folgende Position: "Notwendig gerät danach die Arbeiterklasse in die Lage, vom Faschismus bedroht und zerschlagen zu werden" (S. 18), die sie dann dem KB einfach unterstellt. Das kann sie natürlich nicht belegen, was sie dann auch kleinlaut zugeibt ("Diese unglaubliche Behauptung wird in dieser Form natürlich nicht vorgetragen"), um im nächsten Satz aber dennoch ohne weiteres der AK-Redaktion für die unterstellte Position den Titel "demagogische Verdreh" zu verleihen. Wahrlich, ein Meisterstück!

Um dem Begriff "objektiv revolutionäre Situation" als eine Bedingung einer "faschistischen Situation" näher zu kommen, sehen wir uns doch einmal an, welche notwendigen Bedingungen der Revolution Lenin angibt. Er schreibt in "Der linke Radikalismus, ...": "Die Revolution ist unmöglich ohne eine gesamtstaatliche (Ausgebeutete wie Ausbeuter erfassende) Krise. Folglich ist zur Revolution notwendig: erstens, daß die Mehrheit der Arbeiter ... die Notwendigkeit des Umsturzes völlig begreift und bereit ist, seinetwegen in den Tod zu gehen; zweitens, daß die herrschenden Klassen eine Regierungskrise durchmachen, die sogar die rückständigsten Massen in die Politik hineinzieht ..., die Regierung kraftlos macht und es den Revolutionären ermöglicht, diese Regierung schnell zu stürzen. (Werke Bd. 31, S. 71f)

Wenn die Mehrheit der Arbeiterklasse sich auf der Seite

der Revolution befindet und bereit ist, für die Revolution in den Tod zu gehen, dann kann man sicher von einer Stärke der Arbeiterklasse reden. Chr. B. redet aber im Zusammenhang mit dem Begriff "objektiv revolutionäre Situation" von einer Schwäche der Arbeiterbewegung. Offensichtlich will sie mit dem Begriff "objektiv revolutionäre Situation" nicht eine solche Situation kennzeichnen, wie sie Lenin oben beschreibt, sondern nur damit ausdrücken, daß die Bourgeoisie sich in einer Krise befindet. Um diesen Sachverhalt zu kennzeichnen, brauchte sie eigentlich nicht das schwere Geschütz der "objektiv revolutionären Situation" aufzufahren. Oder sollte sie etwa mit der Einführung dieses Begriffs vorhaben, die alte Lagarde'sche These aufzuwärmen, daß die "Drohung der proletarischen Revolution" die Bourgeoisie zum Faschismus "zwingt"?

Denn andererseits zieht Chr. B. schwerwiegende Schlüsse aus dem Vorhandensein einer "objektiv revolutionären Situation". Sie schreibt: "Diese objektiv revolutionäre Situation erlaubt es der Bourgeoisie nicht mehr, mit den Formen und Methoden bürgerlicher Herrschaft, wie sie in der bürgerlichen Republik herausgebildet worden sind, zu regieren. Sie macht den Faschismus zum einzigen Ausweg der Bourgeoisie aus der Krise, wenn die Arbeiterklasse ihr diesen Ausweg läßt." (S. 15r, unterstrichen von mir).

Es ist richtig, daß die Bourgeoisie nicht gegen die objektiven Bedingungen handeln kann, daß sie zugleich notwendig handelnde und bewußt handelnde Klasse ist. Wie aber ist das Verhältnis von objektiver Notwendigkeit und subjektiver Freiheit, und vor allem: wie muß dieses Verhältnis in eine materialistische Analyse eingehen? Lenin sagt dazu: "Der Objektivist spricht von 'unüberwindlichen geschichtlichen Tendenzen'; der Materialist spricht von der Klasse, die die gegebene Wirtschaftsordnung 'dirigiert' und dabei in diesen oder jenen Formen Gegenwirkungen der anderen Klassen hervorruft. Auf diese Weise ist der Materialist einerseits folgerichtiger als der Objektivist und führt seinen Objektivismus gründlicher, vollständiger durch. Er begnügt sich nicht mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Prozesses, sondern klärt, welche sozialökonomische Formation diesem Prozeß seinen Inhalt gibt, welche Klasse diese Notwendigkeit festlegt." (Lenin, Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung, Werke Bd. 1, S. 414).

Schmierer hat wenigstens versucht, die Entstehung des Faschismus in seinen "Thesen zur Faschismusfrage" zu beschreiben, ohne allerdings Lehren daraus zu ziehen. Bei Chr. B. ist der Satz: "Eine sorgfältige Analyse der Geschichte der Entstehung des Faschismus ist daher die erste Aufgabe der Kommunisten, bedeutet Verarbeitung und Lernen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung." nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver, denn sie bemüht sich stets, ihre Aussagen auf der allgemeinen Ebene ohne konkrete Belege zu formulieren.

Lagarde führte die Kennzeichnung einer "faschistischen Situation" als eine "relative Schwäche der Arbeiterklasse in einer objektiv revolutionären Situation" in die Diskussion ein. Erläuternd fügte er hinzu: "Die Arbeiterklasse ist stark genug, um in ihrer organisierten Bewegung

allein durch deren Existenz der Bourgeoisie als Gefahr für das kapitalistische System zu erscheinen. Sie ist andererseits zu schwach, um den Kampf um die politische Macht ernsthaft praktisch zu führen." Daß diese Erläuterung im Grunde inhaltslos ist, darauf wurde schon in AK 17 hingewiesen. Schmierer hantiert plötzlich mit ganz anderen Kategorien. Er meint, eine faschistische Gefahr sei dann gegeben, wenn die Bourgeoisie aus einer ökonomischen und politischen Krise eine großangelegte Offensive gegen die Arbeiterklasse startet. Diese Offensive gelte es rechtzeitig zu erkennen. (So banal wie richtig!) Schließlich übernimmt Chr. B. wieder die Lagarde'schen Bestimmungen ohne allerdings zu erläutern, was sie meint.

Allen drei Autoren ist gemeinsam, daß sie eine "faschistische Situation" mit irgendwelchen Kategorien kennzeichnen, die unverständlich oder so allgemein wie richtig sind. Letzten Endes soll das ganze Gerüst nur dazu dienen zu beweisen, daß die Bourgeoisie infolge der Entwicklung der Widersprüche in eine Situation gedrängt wird, die ihr nur noch einen "einzigen Ausweg" läßt, ihr also den Faschismus aufzwingt.

Die schon bei Lagarde vorhandene Tendenz, daß die Bourgeoisie den Faschismus im Grunde nicht mag, taucht dann auch prompt bei Chr. B. wieder auf. Sie schreibt: "Mit diesem Schritt zum Faschismus, der ihre Herrschaft sichern soll, beraubt sie sich zugleich derjenigen Herrschaftsform, die ihre Macht am sichersten garantiert."

Aus dem Satz von Engels, daß die demokratische Republik die "höchste Staatsform" darstelle, schließt Chr. B., daß die demokratische Republik ein für allemal die "sicherste" und beste Herrschaftsform der Bourgeoisie sei. Von dieser Position ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der alten Lagarde'schen These, daß die Bourgeoisie nicht etwa in einer bestimmten Situation zum Faschismus greift, weil sie in dieser Situation durch den Faschismus ihre Macht am sichersten garantiert glaubt, sondern daß die Bourgeoisie quasi in den Faschismus hineinschliddert, ohne daß sie ihn eigentlich will, denn wer "beraubt" (!) sich schon gerne derjenigen Herrschaftsform, die einem die Macht am sichersten garantiert?

Zum Schluß noch einen anderen Aspekt zur Theorie vom "einzigen Ausweg": Wenn der Faschismus wirklich der einzige Ausweg für die Bourgeoisie wäre, hieße das doch letzten Endes, daß der Faschismus in einer bestimmten Situation, wenn eben der Bourgeoisie nur dieser eine Ausweg bleibt, nur durch die unmittelbare sozialistische Revolution verhindert werden kann. In Frankreich konnte der Faschismus von der französischen Arbeiterklasse aber dadurch verhindert werden, daß die KPF die Volksfronttaktik erfolgreich anwandte. Hält Chr. B. die Volksfrontregierung für die Diktatur des Proletariats oder vielleicht für eine "antimonopolistische Demokratie" wie es uns die Revis weismachen wollen? Oder ist sie mit mir der Meinung, daß eine Volksfrontregierung zwar eine große Schwäche der Bourgeoisie ausdrückt, jedoch immer noch eine besondere Form der bürgerlichen Herrschaft darstellt? Dann müßte sie aber zugestehen, daß der Faschismus doch wohl nicht der einzige Ausweg der Bourgeoisie ist. Oder sollte die französische Bourgeoisie etwa nicht genügend Mut zur faschistischen Herrschaftsform aufgebracht haben! Die Frage des Auswegs ist eben nicht nur

von den objektiven Bedingungen abhängig, sondern wesentlich vom Kräfteverhältnis und vom Klassenkampf.

Welche Rolle spielt die faschistische Massenbewegung?

Eine gewisse Anbetung der historischen Erscheinungsform des Faschismus (und speziell des deutschen Faschismus) kennzeichnen das Herangehen an die Frage der faschistischen Massenbewegung von Seiten des NRF/KBB, wie es auch schon bei der Frage, wann die Bourgeoisie zum Faschismus greift, festzustellen war.

Einerseits weiß Chr. B. nichts damit anzufangen, wenn im AK 17 versucht wird, den wesentlichen Punkt des Faschismus ("totale und grausamste Terrorherrschaft der Kapitalistenklasse, Zerschlagung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung") herauszuarbeiten, um diesen Punkt als notwendiges Merkmal eines neuen Faschismus den Merkmalen des "klassischen" Faschismus gegenüberzustellen. Chr. B. schreibt: "Was nützt aber ein neuer Begriff, was hilft der Hinweis, daß der Faschismus in unterschiedlichen Formen auftreten kann, der Arbeiterklassen und den Kommunisten, die erkennen wollen, ob der Faschismus droht oder nicht." (S. 16r)

Andererseits weist Chr. B. (und auch Schmierer) der faschistischen Massenbewegung eine entscheidende Rolle zu: "Bei dem Übergang von der bürgerlichen Republik zur faschistischen Herrschaft spielt die faschistische Massenbewegung eine entscheidende Rolle. Die faschistischen Organisationen sind das entscheidende Kampfinstrument zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung." (S. 231)

Schmierer stellt in seinem Aufsatz richtig fest (wahrscheinlich ohne daß er es merkt), daß die faschistische Massenbasis durchaus verschiedene Formen annehmen kann. Am Beispiel von SA und SS spricht er einmal von faschistischer Massenbewegung, dann von faschistischen Terrorapparat. Über diese historischen Erscheinungsformen geht er allerdings nicht hinaus. Er stellt sich natürlich nicht die Frage, welche Formen eine faschistische Massenbasis heute annehmen könnte.

Im Gegenteil: er macht die Existenz einer faschistischen Massenbewegung letzten Endes zum entscheidenden Kriterium für den Übergang zum Faschismus und legt dann auch noch wieder die alte Platte von Lagarde auf: nicht die Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse, sondern eine richtige Bündnispolitik wird zum entscheidenden Kriterium für die Abwehr des Faschismus. Wörtlich schreibt J. Schmierer: "Dieser Ausweg (des Faschismus) wird notwendig, wenn die Bourgeoisie nicht mehr mit den alten Mitteln der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie herrschen kann ... und möglich, wenn das Proletariat zu schwach ist, die sich von der bürgerlichen Demokratie abwendenden Massen für den revolutionären Kampf zu gewinnen." (S. 19r)

Wie wird der antifaschistische Kampf geführt?

Was hat das alles zu bedeuten,

1. wenn so überaus großen Wert auf eine Trennung zwischen dem allgemeinen Wesen des Imperialismus (Reaktion auf der ganzen Linie) und dem Faschismus als besondere Herrschaftsform der imperialistischen Bourgeoisie gelegt wird, ohne gerade auf die wechselseitigen Beziehungen zu achten;

2. wenn die Bourgeoisie mehr als Spielball der objektiven Bedingungen als als bewußt handelnde Klasse dargestellt wird;
3. wenn der faschistischen Massenbewegung eine so zentrale Bedeutung beigemessen wird?

Wir kommen der Sache schon näher, wenn wir uns folgenden Vorwurf, den Chr. B. dem KB macht, ansehen: "Der antifaschistische Kampf im 'Arbeiterkampf' richtet sich folgerichtig nicht gegen den Faschismus, sondern in der Logik der Kleinbürger direkt gegen die 'Kapitalistenklasse'." (S. 241) Offensichtlich sieht Chr. B. einen Widerspruch darin, daß sich der antifaschistische Kampf gegen die Kapitalistenklasse richten muß. Offensichtlich soll für den antifaschistischen Kampf nicht das Wort von Manu-Iski gelten, daß "der Hauptfeind der Arbeiterklasse --- stets die Bourgeoisie" war, ist und bleibt. Unter Faschismus versteht Chr. B. nämlich nicht in erster Linie die faschistische Entwicklung der Bourgeoisie, sondern die faschistische Massenbewegung, und der gesteht sie eine gewisse Eigenständigkeit zu: "Wohl aber können die mittelständischen Massen von den bürgerlichen Parteien abfallen und zu einer faschistischen Partei überwechseln, dies aber keineswegs nach dem Willen der Bourgeoisie (!), sondern durch ökonomische und politische Erschütterungen, die sie in einen Gegensatz zur herrschenden politischen Ordnung treiben." (S. 241; unterstrichen von mir)

Der Faschismus: ein akademisches oder ein politisches Problem

Dieser Artikel wurde als Erwiderung auf den Artikel Lagarde's (NRF 6/71) schon vor etwa einem Jahr von einem Genossen geschrieben.

Die Widersprüche im imperialistischen Lager spitzen sich zu. Die spontane Verschärfung der Klassenwidersprüche in Westdeutschland ist nicht zu übersehen. Seit der Krise 1966/67 ist die Bourgeoisie in die allseitige Offensive gegen die Arbeiterklasse und alle Werktätigen übergegangen.

- 1968 Verabschiedung der NS-Gesetze
- Ausbau des Bundesgrenzschutz zur Bürgerkriegsarmee

Für Chr. B. ist eine Faschisierung von Staat und Gesellschaft durch die Bourgeoisie unmöglich. Es kann nach ihren Thesen keine "Schrittweise Entwicklung zum Faschismus" geben (siehe auch S. 15). Nach ihrer Theorie wird die Bourgeoisie in einer "faschistischen Situation" gezwungen, sich der faschistischen Massenbewegung, die eben einfach da ist aufgrund bestimmter objektiver Bedingungen, zu bedienen, weil ihr (leider) kein anderer Ausweg bleibt. Mit dieser Theorie rückt sie gefährlich in die Nähe der Position der Sozialdemokraten zum deutschen Faschismus, die Z. Lippay in seinem Aufsatz "Über die faschistische Herrschaft der Bourgeoisie" folgendermaßen kennzeichnet:

"Sie will die Wirklichkeit, die in erster Linie und hauptsächlich in der faschistischen Entwicklung der Bourgeoisie besteht, vor den Arbeitern so verhüllen, daß sie den Faschismus als eine bloß kleinbürgerliche Erscheinung, als etwas für die Bourgeoisie Unangenehmes, Fremdes erklärt und auch dementsprechend selbst den Scheinkampf nicht gegen die sich faschisierende Bourgeoisie, gegen die Faschisierung des Staates, sondern nur gegen die faschistische Bewegung führt, deren Entstehung sie übrigens vor den reformistischen Arbeitern gern als die 'Schuld der Kommunisten' hinstellt, ..." (in: "Unter dem Banner des Marxismus", S. 74).

- Zentralisierung und Ausbau des Polizeiapparates
- Verbot des SDS Heidelberg
- Berufsverbot für fortschrittliche Beamte
- Vorbereitung des Verbots kommunistischer und sozialistischer Organisationen
- Verschlechterung des Betriebsverfassungsgesetzes
- Massiver Lohnraub
- Baader-Meinhof-Notstandstübungen und Häufung von Morden durch die Polizei
- geplante Mobilmachung 1972

Angeichts der gegenwärtigen Schwäche der Arbeiterbewegung sind dies zweifellos Maßnahmen, deren Unverhältnismäßigkeit ins Auge sticht. Offensichtlich erwartet die Bourgeoisie eine Verschärfung des Klassenkampfes, einen Aufschwung der Arbeiterbewegung, dem sie sich mit den bisherigen Maßnahmen nicht gewachsen fühlt. Die Bourgeoisie wappnet sich zum Übergang zu brutaleren Herrschaftsformen.

Diese Vorbereitungen zum Übergang zu brutaleren Herrschaftsformen dürfen wir nicht verwechseln mit der Ablösung einer "Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch die offene terroristische Diktatur" (Dimitroff). Womit wir es gegenwärtig zu tun haben, ist die schrittweise Einengung der Reste der demokratischen Rechte der Arbeiterklasse durch die Kapitalistenklasse und ihren Staat bei gleichzeitiger verstärkter politischer und militärischer Zentralisierung der kapitalistischen Staatsmacht. Einerseits also die Herausbildung von Elementen faschistischer Diktatur, andererseits die Beibehaltung der Fassade der bürgerlichen Demokratie.

Aus dieser Einschätzung zogen nun bereits im letzten Jahr die Genossen des ehemaligen KB/ML Westberlin die Schlußfolgerung (Stellungnahme zur 1. Hamburger Konferenz), daß die Bourgeoisie "auf absehbare Zeit die parlamentarische Form der bürgerlichen Diktatur nicht aufgeben wird".

In einem vielbeachteten Artikel im "Neuen Roten Forum" (6/71) wird diese Behauptung ausgebaut. Einige Positionen dieses Artikels sind bereits im ARBEITERKAMPF 16 kritisiert worden. Wir wollen dieser Kritik einige Bemerkungen hinzufügen.

Zum "Begriff" des Faschismus

Wagt der Verfasser "Aussagen über die nächste gesellschaftliche Entwicklung?" Nein. Er versucht lediglich "Klarheit über die konstituierenden (grundlegenden) Elemente des Faschismus" zu schaffen. Wie wir sehen werden, mißlingt ihm dies gründlich. Der Verfasser verharrt bei einer in sich widersprüchlichen "Begriffserklärung". Zugleich bleibt er den Funken eines Beweises schuldig, daß die Gefahr des Faschismus nicht droht. Mehr noch: indem der Verfasser die Gefahr des Faschismus auf eine völlig akademische Fragestellung herunterbringt, erweist er sich als unfähig, politisch an diese Frage heranzugehen.

Nehmen wir zunächst die "Begriffserklärung" des Faschismus. Der Verfasser weist verschiedene Male daraufhin, daß Faschismus ohne Massenbasis undenkbar sei. Der Faschismus ist unzweifelhaft die offen terroristische Herrschaft der Bourgeoisie. Der Faschismus kann aber auf die Methode des Betrugs nicht verzichten. Wenn der Faschismus niemand zu betrügen imstande

ist, wenn er nicht an die sozialen Nöte von Teilen des Volkes demagogisch anzuknüpfen verstünde, dann könnte er keine Massenbasis erlangen, mithin nicht Faschismus sein. Was aber schreibt der Verfasser in seinem eigenen Artikel? "Die faschistische Herrschaft der Bourgeoisie verzichtet auf jegliche Legitimation vor den Massen, sie stützt sich allein auf die offene und brutale Unterdrückung" (s. S. 44) Verzichtet die faschistische Herrschaft auf jegliche Legitimation vor den Massen - dann darf das nach eurer eigenen Definition, Genossen vom NRF, gar kein Faschismus sein!

Bleiben wir aber einmal bei der Version, daß der "Faschismusbegriff ... an die Massenbasis gebunden werden" muß (S. 44). Welches ist die mögliche Massenbasis des Faschismus? "Die Rolle der Mittelschichten, die nach wie vor potentielle Träger des Faschismus sein können, muß als ein konstituierendes Element des Faschismus verstanden werden". (S. 44). Im ARBEITERKAMPF 16 ist bereits herausgearbeitet worden, wie falsch die These ist, die Faschisierung der Mittelschichten als unabhängig vom Willen der Bourgeoisie und wesentlich als Folge falscher Politik der Arbeiterklasse zu betrachten.

Der "Kampf um die Mittelschichten"

Wie muß nach Ansicht des Verfassers die richtige Politik aussehen? "Der Kampf gegen den Faschismus ist im Grunde der Kampf um seine potentielle Massenbasis, um die Mittelschichten". (S. 41) Und noch einmal: "Der Kampf gegen den Faschismus ist ohne Frage der Kampf gegen die Offensive der Bourgeoisie, er wird aber geführt als Kampf um die Mittelschichten". (S. 45)

Das ist nun starker Tobak! Entscheidende Bedingung für die Verhinderung des Faschismus ist nicht die Einheit der Arbeiterklasse, sondern der Kampf um die Mittelschichten! Hat der Verfasser nicht selber festgestellt (S. 41), daß die Mittelschichten sich in den entscheidenden Klassenschlachten dem "Stärkeren" zuwenden? Was aber macht die Stärke des Proletariats aus?

Nicht weniger als der weitgehend einheitliche und zielstrebige Kampf um den Sozialismus!

Der Kampf gegen den Faschismus kann nur erfolgreich geführt werden als einheitlicher, bewußter Kampf der Arbeiterklasse um den Sozialismus.

Sicher kann die Arbeiterklasse allein und ohne Bündnispartner weder den Sozialismus erkämpfen noch den Faschismus verhindern - aber massenhaft werden sich die Mittelschichten als zweifellos unsichere Bündnispartner nur einer ideologisch und politisch selbständigen Arbeiterklasse zuwenden. Und ideologisch-politisch selbständig ist die Arbeiterklasse erst, wenn sie mehrheitlich den Sozialismus auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Den Kampf gegen den Faschismus als Kampf um die Mittelschichten ausgeben - das kann nur jemand, der jenseits

des Standpunkts der Arbeiterklasse steht.

Eine solche Kampfrichtung muß notwendigerweise "klassenspezifisch" (S. 46) werden, verneint sie doch die entscheidende Rolle der Arbeiterklasse, liquidiert sie doch die Dialektik von demokratisch-antifaschistischem und sozialistischem Kampf.

Diese Strategie ist konservativ, bewahrend. Den Faschismus verhindern ohne zugleich den Sozialismus erkämpfen zu wollen - das bedeutet, die "demokratische" Form der bürgerlichen Herrschaft retten zu wollen.

Die Alternative kann für Kommunisten nicht heißen: demokratische oder terroristische Diktatur der Bourgeoisie - sondern Diktatur der Bourgeoisie oder Diktatur der Arbeiterklasse.

Dieser Beschränkung der strategischen Perspektive entspräche allerdings der Don Quichote - Kampf für die "Demokratie an sich", das Pochen aufs Grundgesetz.

So wie die DKP ihre "antimonopolistische Demokratie" zum eigenständigen strategischen Ziel erhebt, um um die Herrschaft der Arbeiterklasse herumzureden - so verkürzt der Verfasser den Kampf gegen den Faschismus zum Kampf um die Mittelschichten, um so den Kampf um den Sozialismus zu verleugnen.

Nun kommt aber der Witz: genau diesen durch und durch rechtsopportunistischen Standpunkt kritisiert der Verfasser - bei jemand anders: anhand einiger Zitate aus der Propaganda des KAB/ML Tübingen (S. 46). Den Tübingern wird - mit Recht - eine Propaganda angekreidet, die der Verfasser selbst einige Seiten vorher "theoretisch" begründet.

Was von solchem Zusammenklatschen einander sich anschließender Positionen zu halten ist, überlassen wir dem Urteil des Lesers.

Keine Gefahr des Faschismus?

Trotz aller Begriffs-"Klärungen" kommt der Verfasser doch noch zu einer aktuellen politischen Aussage: "In einer Phase, wo die westdeutsche Arbeiterklasse sich in der Defensive befindet, wo reale Klassenkämpfe erst allmählich ihren spontanen Anschwung nehmen und wo die politische Organisation der Arbeiterklasse in ihren ersten Ansätzen steckt, von der 'drohenden faschistischen Lösung' durch die Bourgeoisie zu reden, ist leichtsinnig." (S. 46)

Da fragen wir: Haben wir nicht politische Reaktion auf der ganzen Linie? Haben wir nicht eine weitere Verschärfung der Krise des Imperialismus zu erwarten? Sind nicht die Expansionsmöglichkeiten des BRD-Kapitals auf längere Sicht ungünstig? Wird das Kapital auf zunehmende Angriffe auf die Lebensbedingungen und Reste der demokratischen

Rechte der Arbeiterklasse verzichten? Wird umgekehrt die Arbeiterklasse weiterhin die Angriffe des Kapitals kampflös über sich ergehen lassen? Wird wiederum die Bourgeoisie nicht ein grundlegendes Interesse daran haben - weil sie nämlich durchaus planvoll handelt und auf geschichtliche Erfahrungen zurückgreifen kann - der Arbeiterklasse vor Ausbruch der großen Klassenschlachten das faschistische Joch aufzubürden? Sind denn all die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie in den letzten 20 Jahren planlos, zufällige Akte?

Drängt also nicht die gesamte Entwicklung des Klassenkampfes auf die historische Alternative Faschismus oder Sozialismus hin?

Fazit :

tödlicher Optimismus !

So stellt sich die Frage für den Verfasser allerdings überhaupt nicht. Er fordert von den Kommunisten, den "Nachweis" zu führen, "daß gegenwärtig (!) für die Bourgeoisie die politische Notwendigkeit besteht, sich der faschistischen Herrschaft zu bedienen." (S. 39) Das kann doch nur heißen: die antifaschistische Propaganda oder gar der allseitige antifaschistische Kampf soll erst dann beginnen, wenn die allerunmittelbarste Gefahr der offenen terroristischen Diktatur besteht! Ist das keine Kapitulation? Ist das nicht "leichtsinnig"? Ist das nicht verantwortungslos? Und verdoppelt sich diese Verantwortungslosigkeit nicht, wenn man hinzunimmt, daß derselbe Verfasser der Weimarer KPD eine "völlige Unterschätzung der faschistischen Gefahr" vorwirft (S. 43)?

Der Faschismus steht "nicht vor der Tür", der Faschisierungsprozeß kann durchaus etliche Jahre dauern. Aber angesichts der bereits jetzt ergriffenen planmäßigen Maßnahmen des kapitalistischen Staates kann Optimismus über seine Absichten absolut tödlich sein.

Die Notwendigkeit des antifaschistischen Kampfes zu leugnen, halten wir für kapitulantenhaft und unverantwortlich. In der akademischen Debatte mag man getrost immer noch einmal "Bemerkungen zur Faschismus-Diskussion" austauschen. Man kann dann, frei von politischer Verantwortung, in einem einzigen Artikel die gegensätzlichen Standpunkte vertreten. Wir wollen Peter Lagarde da nicht stören. Gestört werden wird er ganz sicher durch den faschistischen Formierungsprozeß. Wir hoffen, daß er sich dann unserem Kampf anschließt.

KRITIK ZU

KAMPF ZWEIER LINIEN IN DER KP CHINAS

In UW Nr. 18 werden die falschen Voraussetzungen und Methoden der "Untersuchung" des NRF über die Absetzung Lin Biaos sehr deutlich entlarvt. Es genügt aber nicht, den kleinbürgerlichen Charakter einzelner Untersuchungen zu diesem Thema aufzuzeigen, sondern man muß grundlegende Klarheit über den Wert solcher Einschätzungen und über das Vorgehen der chinesischen Genossen in diesen Fragen schaffen.

Der UW-Artikel stellt fest, es sei "bemerkenswert (?), daß die chinesischen Genossen bis heute noch nicht einmal (?) seinen (Lin Biaos) Tod offiziell bestätigt haben, von einer Klärung der Hintergründe gar nicht zu reden." Aber welch ein Glück für die Schreiberlinge, daß die chinesischen Genossen "inzwischen begonnen (haben), durch inoffizielle Erklärungen untergeordneter Stellen... das anfängliche totale Schweigen zu brechen." Die chinesischen Genossen sollten doch gefälligst "Informationen über den ehemaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden... auf dem selbstverständlichen Weg (?) geben - durch Stellungnahme der Parteiführung - (und nicht) durch Botschaften im Ausland etc." Na klar, denn es wäre doch "höchst bemerkenswert(?), wenn die Führung der KPCh die internationale Kommunistische Bewegung als 'Außenstehende' betrachten würde, denen sie 'keine Rechenschaft schuldig' (?) ist."

Diesen angeblichen Ansprüchen der "internationalen Kommunistischen Bewegung" steht das offizielle Schweigen der KPCh gegenüber. Deshalb dürfen wir nicht nur "die Schlußfolgerung ziehen, daß wir über die tatsächlichen Auseinandersetzungen der KPCh nur sehr wenig wissen", sondern, daß die chinesischen Genossen ganz bewußt zu diesen Fragen keine Stellungnahme abgeben. Oder glaubt ihr vielleicht, daß sie dies nur vergessen haben? Haben sie damit nun tatsächlich einen falschen Standpunkt bezogen, wie "die KPD SU Lenins und Stalins 'niemals' eingenommen hätte"?

Die Forderung nach "Rechtfertigung" entspringt nicht den Ansprüchen der internationalen Kommunistischen Bewegung, sondern der kleinbürgerlichen Neugier !

Die starke Fixierung auf das "mysteriöse Verschwinden" Lin Biaos erinnert sehr an das Gerede vom "Kampf ge-

gen den Personenkult", das gewisse Leute immer wieder gegen den Genossen Mao Tse-tung anzetteln. Schon 1963 sagte das ZK der KPCh dazu: "Die Kommunistische Partei Chinas ist seit jeher dagegen, die Rolle des einzelnen zu übertreiben. Sie befürwortet den demokratischen Zentralismus in der Partei und hält sich daran... Noch schlimmer ist, daß gewisse Leute unter dem Vorwand "den Personenkult zu bekämpfen", sich auf plumpste Weise in die inneren Angelegenheiten von Bruderparteien und -ländern einmischen, bei Bruderparteien einen Wechsel in der Führung mit Gewalt durchsetzen, um ihre eigene falsche Linie den Bruderparteien aufzuzwingen."

Auch die Absetzung Lin Biaos und die damit verbundenen ideologischen Differenzen sind innere Angelegenheiten der VR China, die nur vor dem chinesischen Volk gerechtfertigt werden müssen. Die Form, in der diese Auseinandersetzung stattfindet, hat nur die KPCh zu entscheiden, nicht aber irgendwelche ausländischen Neugierdepinsel. Wohin würde das führen, wenn eine kommunistische Partei (oder gar ein Zirkel) einer anderen vorschreiben will, welche Erklärung sie abgeben muß, und wie sie die ideologische Auseinandersetzung in ihrem Land zu führen hat? Dann müßten die chinesischen Genossen wohl nicht nur bei Absetzungen, sondern auch bei der Neuwahl bestimmter Genossen "klärende Stellungnahmen" abgeben?

Spätestens hier zeigt sich, daß diese Forderung nichts mehr mit dem proletarischen Internationalismus gemein hat. Diese ganze Diskussion wurde doch nur von den Kapitalisten und Revisionisten angezettelt, die die KPCh in die Position eines Angeklagten bringen wollen. Sie zielt darauf ab, dem Ansehen der KPCh und der gesamten kommunistischen Bewegung zu schaden. Außerdem versuchen die Revisionisten dadurch, die chinesischen Massen zu ihrer Parteiführung in Opposition zu bringen, und die Kampfkraft der KPCh zu schwächen.

Diese hinterhältigen Absichten müssen wir aufzeigen, und gleichzeitig die Grundsätze der gegenseitigen Beziehungen zwischen den kommunistischen Bruderparteien und -ländern befolgen. Proletarischer Internationalismus bedeutet doch nicht, daß die kommunistischen Parteien sämtliche internen Auseinandersetzungen offenlegen müssen, von denen die anderen Bruderparteien noch nicht einmal betroffen sind. Sogar in der "Polemik über

die Generallinie in der internationalen kommunistischen Bewegung" haben die chinesischen Genossen immer wieder betont: "Im gemeinsamen Interesse der Geschlossenheit im Kampf gegenüber dem Feind treten wir stets dafür ein, auf dem Weg interner Konsultation Probleme zu lösen, wir sind dagegen, Meinungsverschiedenheiten vor den Augen der Feinde aufzudecken." Das gilt besonders für die Auseinandersetzungen innerhalb einer Partei. Die Forderung nach "mehr Information" stellt nicht nur eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes dar, sondern erweist den Kapitalisten gerade bei der gegenwärtigen internationalen Lage einen Bärendienst.

Was bringt denn die "korrekte Einschätzung" der Absetzung Lin Biaos für die deutsche Arbeiterbewegung? Es ist doch so, daß diese Frage nicht die deutsche Arbeiterklasse bewegt, sondern kleinbürgerliche Elemente, die sie in hinterhältiger Absicht hochspielen. Verschiedene kommunistische Zirkel fühlen sich gezwungen, auf diese antikomunistische Spekulation zu antworten, um die "Ehre" der KPCh "zu retten", die große Fähigkeit ihrer Organisation zu beweisen und die aufgeschreckten Kleinbürger in ihren eigenen Reihen zu beruhigen. Weitere Informationen der KPCh würden deshalb hauptsächlich nur die kleinbürgerliche Sensationsgier befriedigen, hätten nur einen sehr geringen agitatorischen Wert, und würden unsere Arbeit keineswegs voranbringen.

Wer sich mit diesen Theorien abgibt, oder auch nur klärende Stellungnahmen verlangt, der hat sich bereits in die Position eines "Mitangeklagten" drängen lassen. Was wir Kommunisten auch immer tun, die bourgeoisen "Berichterstatter" werden es verstehen, daraus ihr Süppchen zu kochen, und damit sogar verschiedene Genossen täuschen können. In der Praxis müssen wir uns natürlich mit diesen antikomunistischen Theorien auseinandersetzen. Dabei dürfen wir uns aber nicht auf die gleiche Ebene ziehen oder in die rechtsopportunistische Ecke drängen lassen, sondern müssen ganz deutlich die wahre Absicht derartiger Manöver entlarven.

Durch die Erfahrungen der großen proletarischen Kulturrevolution steht das chinesische Volk heute trotz aller Spaltungsversuche geschlossener denn je hinter sei-

ner Führung. Dieses hohe ideologische Niveau läßt vermuten, daß sich verschiedene Fragen, die wir für wichtig halten, für das chinesische Volk gar nicht stellen. Es hat im Verlauf der Kulturrevolution, die ja noch längst nicht zuende ist, die Erfahrung gemacht, daß die Klassenfeinde in allen Ebenen von Partei und Staat arbeiten. Obwohl das chinesische Volk große Erfolge errungen hat, muß die Diktatur des Proletariats weiterbestehen, darf die revolutionäre Wachsamkeit nicht nachlassen; denn es gibt in der VR China noch immer Klassenunterschiede und verkappte konterrevolutionäre Elemente, die erst nach und nach beseitigt werden können. Dieser Prozeß wird solange andauern, bis eine kommunistische Gesellschaft errichtet worden ist. Vor diesem Hintergrund muß die jüngste Entmachtung eines führenden Genossen gesehen werden, die sicherlich nicht die letzte gewesen sein dürfte.

Genossen, ungeachtet der Tatsache, daß ihr den proletarischen Internationalismus nicht richtig verstanden habt, muß leider festgestellt werden, daß ihr euch nicht einmal über den klassenmäßigen Charakter dieser Frage im Klaren wart.

Ihr benutzt diese Frage nur, um die NRF-Theoretiker, berechtigterweise, in die Pfanne zu hauen - dabei bleibt es aber auch. Weil ihr das gesamte Problem nicht vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus angeht, ist der UW-Artikel nichts weiter als bürgerlicher Zirkelhack, bei dem die Sache, um die es eigentlich gehen sollte, in den Hintergrund tritt. Durch diese Organisationsborniertheit habt ihr in einer Frage, die nun endlich als erledigt gelten sollte, noch zusätzlich Staub aufgewirbelt, ohne diese Frage auch nur annähernd beantworten zu können, und damit der internationalen kommunistischen Bewegung bloß geschadet. Wir Kommunisten sollten stattdessen bloß dann den Mund aufmachen, wenn wir auch wirklich was zu sagen haben.

In einer öffentlichen Stellungnahme müßt ihr diese grundlegenden Fehler richtigstellen.

25. Februar 1973

ANMERKUNG DER REDAKTION

Der Genosse hat den Sinn des Artikels in UW 18 scheinbar nicht verstanden. Er ist weder eine Beschwerde, "daß die Chinesen nun endlich mal Informationen rausrücken sollen, damit wir Bescheid wissen"; noch ist er ein Versuch, den kleinbürgerlichen Erwägungen des NRF nun unsererseits eigene Spekulationen entgegen zu setzen, "wie das wohl mit Lin Biao in Wirklichkeit gewesen ist." - Funktion des Artikels war lediglich, die kleinbürgerliche und gänzlich unwissenschaftliche Methodik des

NRF in dieser Frage zu kritisieren und der vom NRF verbreiteten Verwirrung nach Kräften entgegenzuwirken.

Der Genosse denunziert diesen Versuch demagogisch als "bürgerlicher Zirkelhack". Scheinbar grenzt er sich vom NRF ab ("kleinbürgerlicher Charakter einzelner Untersuchungen"), um dann in seiner Kritik wesentliche "Argumente" des NRF aufs Neue aufzutischen. Es ist in der Geschichte der Kommunistischen Bewegung

immer so gewesen, daß grundlegende Auseinandersetzungen im Kampf zweier Linien auch innerhalb der einzelnen Parteien weitgehend offengelegt wurden. Der Genosse mag diese Feststellung widerlegen, wenn er kann. Es liegen dicke Bände über die einzelnen Parteitage und über die Kongresse der Kommunistischen Internationalen, bzw ihrer Gremien vor, in theoretischen Zeitschriften wurden umfangreiche politisch-theoretische Auseinandersetzungen publiziert. Das alles doch wohl nicht, um bloß "bürgerliche Sensationsgier" zu befriedigen oder um sich zu "rechtfertigen". Es liegt doch auf der Hand, daß die internationale kommunistische Bewegung ihre Lebenskraft und Stärke wesentlich aus diesem lebendigen Austausch bezog.

Was z. B. in der Sowjetunion, in der KPdSU vor sich ging, welche politischen Kräfte sich dort durchsetzten, das

interessierte natürlich die kommunistischen und sozialistischen Arbeiter der ganzen Welt brennend, denn das war entscheidend für die Zukunft des ersten Arbeiter- und Bauernstaates, des "Vaterlands aller Werktätigen", des Hauptstützpunkts der Weltrevolution. Entsprechend aufmerksam wurden alle Auseinandersetzungen verfolgt.

Der Genosse verweist darauf, daß heute die Frage nach dem Kampf zweier Linien in der KPCh die westdeutsche Arbeiterklasse nicht bewegt. Das ist zwar richtig, weist aber doch nur darauf, wie wenig die Rolle der VR China im weltrevolutionären Prozeß der westdeutschen Arbeiterklasse bewußt ist, wie wenig überhaupt erst der Wille zur Revolution und zum proletarischen Internationalismus in der westdeutschen Arbeiterklasse verbreitet ist.

Es ist ja richtig, daß sich gegenwärtig über den Kampf



zweier Linien in der KPCh in erster Linie die bürgerlichen Vertreter (die ein natürliches klassenmäßiges Interesse an dieser Frage haben) und die kleinbürgerlichen Linken den Kopf zerbrechen; das war ja wesentlich unsere Kritik am NRF.

Aber objektiv bleibt doch festzuhalten, daß die innere Entwicklung der VR China und der KPCh von größter Bedeutung auch für die revolutionäre Bewegung außerhalb der VR Chinas ist. Diese Entwicklung ist also keine "innere Angelegenheit" der VR China in dem Sinne, daß die Welt außerhalb der VR China davon gar nicht berührt würde. Sonst wäre es in der Tat sinnlos, daß es z. B. eine deutschsprachige "Peking Rundschau" gibt, daß Schriften Mao Tse-tungs ins Deutsche übersetzt worden sind usw.

Kein Kommunist wird ehrlich behaupten können, daß ihn die Ereignisse um den Stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh, um Lin Biao, einfach "kalt gelassen" hätten. Wir sagen jedenfalls offen, daß wir über diesen Vorgang bestürzt waren. Immerhin waren wir bis zu jenem Zeitpunkt davon ausgegangen, daß Lin Biao jahrzehntelang eine bedeutende Rolle in der Revolution und beim Aufbau des sozialistischen Staates gespielt hatte, daß er in der Kulturrevolution auf Seiten der Linken stand, und daß ihm der IX. Parteitag der KPCh größtes Vertrauen entgegenbrachte.

Dieser Vorgang, verbunden mit der zurückhaltenden Informations-Politik der chinesischen Genossen, hat zweifellos alle kommunistischen Gruppen in eine gewisse Verlegenheit gebracht, die dann oft in dieser oder jener Form überspielt wurde.

Die meisten Gruppen haben sich offenbar stillschweigend auf den Standpunkt gestellt, daß jedenfalls - Informationen hin oder her - "die Sache schon ihre Richtigkeit" hat. Die NRF-Führer freilich sahen sich mit Rücksicht auf ihr differenziertes und anspruchsvolles Publikum veranlaßt, mehr zu bieten als verständnisvolles Schweigen; daher entwickelten sie eigene Spekulationen über die Ereignisse, wobei sie sich eng an kleinbürgerliche "China-Experten" anlehnten.

Es zeigt sich jedenfalls ganz klar, daß zahlreiche kommunistische Gruppierungen gegenwärtig schon gegenüber der KPCh dieselbe Haltung einnehmen, die für das Verhalten der heutigen revisionistischen Parteien gegenüber der KPdSU kennzeichnend ist. Dieses Verhalten stützt sich einfach auf blindes Vertrauen in die Richtigkeit der jeweiligen Entscheidungen der jeweiligen Führer der KPCh, und nicht auf die wissenschaftliche Methode des Marxismus-Leninismus und auf den proletarischen Internationalismus. Das erinnert wirklich fatal an das Verhalten der internationalen kommunistischen Bewegung gegenüber der Verleumdung Stalins auf dem XX. Parteitag der KPdSU.

"Ein solches Vorgehen erfordert und provoziert indessen eine Organisation vom revisionistischen Typ, in der die Widersprüche nicht nach dem Prinzip von Kritik und Selbstkritik gelöst werden, sondern wo sich mehr und mehr die Mentalität des "sklavischen Gehorsams" und des Kopfnickens durchsetzen wird." (UW 16/17, S. 30)



Wie die "neuen Zaren" den alten Zarismus rechtfertigen

Wie Anfang März bekannt wurde, hat die Regierung der Sowjetunion beschlossen, die alten chinesischen Namen mehrerer Städte im chinesisch-sowjetischen Grenzgebiet durch neue russische Namen zu ersetzen.

Es handelt sich dabei um weite Gebiete, die das zaristische Rußland im 19. Jahrhundert an sich brachte, indem es die Aggression Englands und Frankreichs gegen China ausnutzte.

Interessant wird diese Namensgebung vor allem in Zusammenhang mit weitergehenden Bemühungen der sowjetischen Führung, die Geschichte des zaristischen Rußlands zu verherrlichen und schönfärbisch zu verfälschen.

Von der sowjetischen Botschaft in der BRD ist eine Broschüre zu beziehen, die den Titel trägt: "Die territorialen Ansprüche Mao Tse-tungs" (Moskau 1971). In dieser Broschüre wird die Geschichte der russisch-chinesischen Beziehungen und überhaupt die zaristische Eroberungspolitik in derselben verschleierns Weise dargestellt, die auch die bürgerliche Geschichtsschreibung über den Kolonialismus kennzeichnet: das zaristische Rußland hat natürlich nur menschenleere, öde und eigentlich herrenlose Gebiete unterworfen, es hat diese Gebiete überhaupt erst "erschlossen" und "urbar gemacht" (während die Gebiete zuvor völlig "verkommen" waren), es hat dort "Handel und Gewerbe entwickelt" etc. Es ist die alte Geschichte, die immer wieder als Rechtfertigung für den Kolonialismus erhalten muß: die unterworfenen Gebiete waren verödet und die "primitiven Völker" mußten natürlich mit der "Kultur" der Kolonialherren beglückt werden.

Lenin nannte das zaristische Rußland einmal ein "Völkergefängnis". Anscheinend hat Lenin sich aber geirrt, denn die russische Expansion in den vergangenen Jahrhunderten unter der Herrschaft des Zarismus war ja nach neusten Erkenntnissen ein grandioses selbstloses Unternehmen zur "Erforschung und Erschließung" von "fast unbesiedelten" und "ganz verkommenen" Gebieten.

Sehen wir uns das im Einzelnen an. Im 17. Jahrhundert begann Rußland, über den Jenissej hinaus in die riesigen Räume Ostsibiriens vorzudringen. Etwa um die Mitte des 17. Jahrhunderts wurde der Pazifik erreicht. In den

40 er und 50 er Jahren drangen Russen auch in das Gebiet am Amur (chinesisch Helung) vor, der heute z. T. die chinesisch-sowjetische Grenze bildet - "ein riesiger, fast unbesiedelter und unerschlossener Raum", wie es in der Broschüre heißt (S. 52). In diesem Gebiet wurden einige Befestigungen angelegt (Nertschinsk 1654, Argunsk 1681) sowie kleinere Wehr-Siedlungen, in denen vor allem entlassene Soldaten angesiedelt wurden. Pelzjäger und Händler drangen am Amur/Helung und einigen Nebenflüssen vor.

Ein paar Menschen gab es in diesen "fast unbesiedelten Gebieten" aber doch, denn "die Ortsbevölkerung nahe der Schirmherrschaft (!!) Rußlands an und zahlte nurme'r dem russischen Zaren regelmäßig Tribute" (S. 53). Der Broschüre zufolge zählten "die damals noch staatlich nicht erfassten Stämme" im Amur/Helung-Gebiet um die Mitte des 17. Jahrhunderts etwa 36 000 Menschen (S. 53), was wohl etwa der Siedlungsdichte der Indianer in Nordamerika vor der Kolonialisierung entspricht.

Die russische Expansion im Amur/Helung-Gebiet stieß alsbald auf den Widerstand Chinas, das damals von den Mandschu beherrscht wurde. "Bereits in den 50 er Jahren des 17. Jahrhunderts versuchte die kaiserlich-mandschurische Regierung, die Russen vom Amur abzu-drängen" (S. 56). Da aber überhaupt erst in den 50er Jahren die Russen die ersten Siedlungen im Amur/Helung-Gebiet anlegten, so ergibt sich die eindeutige Schlussfolgerung, daß diese Expansion unmittelbar zu Konfrontation mit China führte. Das wäre aber niemals der Fall gewesen, wenn es sich wirklich bloß um "menschenleere" und "herrenlose" Gebiete gehandelt hätte, die weit außerhalb der chinesischen Grenzen lagen (auf S. 54 der Broschüre wird behauptet, die chinesische Grenze sei damals "ungefähr 600 bis 800 Kilometer südlich des Amur" verlaufen!). Von 1652 bis 1670 unternahm China immer wieder Versuche, die Wehrsiedlungen Atschinski, Komarski und Albasinski anzugreifen (S. 56). Da diese Siedlungen aber erst 1651 bzw. 1652 von den Russen gegründet worden waren (S. 53), so wird ganz klar, daß die russischen Wehrsiedlungen bereits unmittelbar nach

ihrer Gründung von China bekämpft wurden. - Diese Angriffe blieben zunächst erfolglos. Erst in den 80er Jahren wurde klar, daß Rußland vorerst zu schwach zur Fortsetzung seiner Expansion in diesem Raum war.

1689 wurde deshalb ein Vertrag geschlossen, der die russisch-chinesische Grenze im Westen am Argun und im Norden weit nördlich des Amur/Helung festlegte (Vertrag von Nertschinsk). Die erst in den 50er Jahren des 17. Jahrhunderts unterworfenen Gebiete westlich des Argun (mit den Festungen Nertschinsk und Argunsk) blieben bei Rußland.

In der Broschüre heißt es, der Vertrag von Nertschinsk sei "durch Erpressung und Drohungen" von Seiten Chinas zustande gekommen (S. 60). China habe sich dann auch "in keiner Weise um die Urbarmachung und Erschließung" dieser Gebiete bemüht, sondern sie im Gegenteil "ganz verkommen" lassen (S. 67). Aber natürlich: "Rußland konnte sich mit dem Verlust (!) eines so bedeutenden Gebiets wie dem am Amur, das von Russen im 17. Jahrhundert erschlossen worden war, nicht abfinden" (S. 68). Ja freilich, der selbstlos auf "Erforschung und Erschließung" oder und menschenleerer Gebiete bedachte Zarismus konnte sich nicht damit abfinden, daß sein Raubzug in diesem Gebiet vorläufig gestoppt worden war.

Um die zaristische Eroberungs-Politik zu rechtfertigen, wird behauptet, die Russen hätten das riesige Gebiet am Amur/Helung innerhalb von 2-3 Jahrzehnten "erschlossen", was schlichtweg lächerlich ist. Die Tatsachen zeigen, daß Rußland bis zum Vertrag von Nertschinsk dieses Ge-

biet noch nicht einmal militärisch unterworfen, geschweige denn besiedelt hatte. Man muß bedenken, daß der Zarismus zur selben Zeit das gesamte unermesslich große Gebiet Ostsibiriens innerhalb weniger Jahrzehnte "unterwarf". Von einer "Erschließung" und gar Besiedlung konnte dabei zunächst natürlich nicht die Rede sein. Der Schwerpunkt lag vorerst auf der militärischen Absicherung (Anlage einiger weniger Festungen an wichtigen geographischen Punkten, Anlage einiger Wehrsiedlungen vor allem mit entlassenen Soldaten), Pelztierjagd und Handel sowie erste Erforschung der riesigen Räume (zunächst unmittelbar entlang der größten Flüsse und ihrer Nebenflüsse).

Aber weiter. 1839-1842 führten England und Frankreich gegen China den sogenannten ersten Opium-Krieg. "Opium-Krieg" heißt er, weil er damit begann, daß die chinesische Regierung die Einfuhr des Rauschgifts Opium (aus Britisch-Indien) nach China verbot und die Kolonialisten sich veranlaßt sahen, die "Freiheit des Handels" (mit Opium !) zu verteidigen. Zum einen war Opium eine der wichtigsten Waren Englands in China-Handel (und das Verbot dieser Ware hätte Englands China-Handel alsbald ruiniert), zum andern suchten England und Frankreich nach einem Kriegsgrund, um Eroberungen in China machen zu können und ihren Einfluß dort zu verstärken (England gewann dabei u. a. Hongkong). Der Zarismus nutzte seinerseits den ersten Opium-Krieg aus, ohne sich daran direkt zu beteiligen. Im Text der Broschüre: Der Opium-Krieg ließ "die Befürchtung aufkommen, die Westmächte (d. h. England und Frankreich - Anm. UW) könnten den Verlauf des Amur und die Küste besetzen. Deshalb sahen sich die Russischen Behörden in

Ostsibirien genötigt (!), Sicherheitsmaßnahmen (!!) zu treffen" (S. 68). Sie waren nämlich "genötigt", in die nördlichen Gebiete Chinas vorzudringen, "geographische Expeditionen" (eine sehr häufige Tarnung des Kolonialismus) auf chinesischem Gebiet zu machen und dort "Vorposten" anzulegen (S. 68 und 69).

1856-1858 führten England und Frankreich den sogenannten zweiten Opium-Krieg. In dieser Lage konnte China gezwungen werden, im Mai 1858 den Vertrag von Aigun zu unterzeichnen, durch den Rußland das Gebiet nördlich des Amur/Helung gewann. "Der Vertrag enthielt keine ungleichen Bedingungen" (S. 70). Oh nein, der Zarismus annektierte zwar ohne die geringste Gegenleistung mehr als 600 000 qkm chinesisches Territorium, aber ein ungleicher Vertrag war das nicht, und lobenswerter Weise "all das ohne Anwendung von Militärgewalt" (S. 75). Allerdings, "Militärgewalt" wendeten bloß England und Frankreich an, in deren Schatten der Zarismus seine Eroberungs-Politik höchst "friedlich" vorantrieb. Als etwas später, 1860, England und Frankreich sogar Peking besetzten, zwang der Zarismus China ein weiteres Abkommen auf, bekannt als Vertrag von Peking. Rußland konnte nun auch das gesamte Gebiet östlich des Ussuri / Wussuli annektieren, nochmals etwa 400 000 qkm. Aber auch das war kein ungleicher Vertrag! ...

Rußland unterwarf sich in dieser Zeit noch weitere Gebiete Asiens, nämlich das mittlere und südliche Gebiet der heutigen Kasachischen SSR in den 40er Jahren sowie die Gebiete der heutigen Usbekischen, Turkmenischen, Kirgisischen und Tadschikischen SSR in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts. Auch diese Annektionen werden in der Broschüre verschleiert: "Bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts hatten die Völker Mittelasiens und Kasachstans den Schutz des mächtigen Rußlands gesucht" (S. 81), die Kasachen "erwarben ... die russische Staatsbürgerschaft" (S. 81), die Kirgisen "suchten ebenfalls Schutz bei Rußland" (S. 82).

ANM.

In der Broschüre wird die Expansion des zaristischen Rußlands durch die Verträge von Aigun und Peking kaschiert als "Rückgabe (!) der jahrhundertlang (!!) zu Rußland gehörigen Ländereien" (S. 76). Dabei wird in derselben Broschüre zugegeben, daß die

russische Expansion ins Amur/Helung-Gebiet erst "in den 40er und 50er Jahren des 17. Jahrhunderts" einsetzte (S. 53), so daß bis zum Vertrag von Nertschinsk 1689 kaum 40 Jahre vergingen, in denen sich der Zarismus um die militärische Durchdringung dieses Gebiets bemühte. Keine Rede davon, daß diese Gebiete "jahrhundertlang zu Rußland gehörig" gewesen sein könnten! Wann denn wohl? Es ist doch eine historische Tatsache, daß Rußland überhaupt erst zu Anfang des 17. Jahrhunderts über den Jenissej hinaus ins östliche Sibirien zu expandieren begann. Ob die Gebiete am Amur/Helung, die Rußland 1689 durch den Vertrag von Nertschinsk "verlor", überhaupt jemals "zu Rußland gehörig" gewesen waren, ist sogar sehr zweifelhaft. Zwar hatten die Russen in den Jahren nach 1650 einige Wehrsiedlungen entlang des Amur/Helung angelegt; diese Siedlungen wurden aber sofort von China angegriffen, das also ganz offensichtlich in diesem Gebiet die Kontrolle ausübte.

Die Annektion von etwa 1 Mio. qkm chinesischen Territoriums durch den Zarismus wirkte natürlich höchst segensreich für diese Gebiete. Waren diese zuvor "ganz verkommen" (S. 67) und "weder politisch noch wirtschaftlich ausgewertet" (S. 76), so begann nach der zaristischen Annektion alsbald ihre "allseitige Erschließung", ein "Aufschwung der Industrie und Landwirtschaft" (S. 76). Wir haben es also mit der typischen Rechtfertigung des Kolonialismus zu tun: Erschließung oder Gebiete und Zivilisierung primitiver Völker. Die sowjetischen Revisionisten erweisen sich als wirkliche "neue Zaren", die sich als Erben des alten Zarismus und seiner Expansions-Politik voller Stolz bekennen.

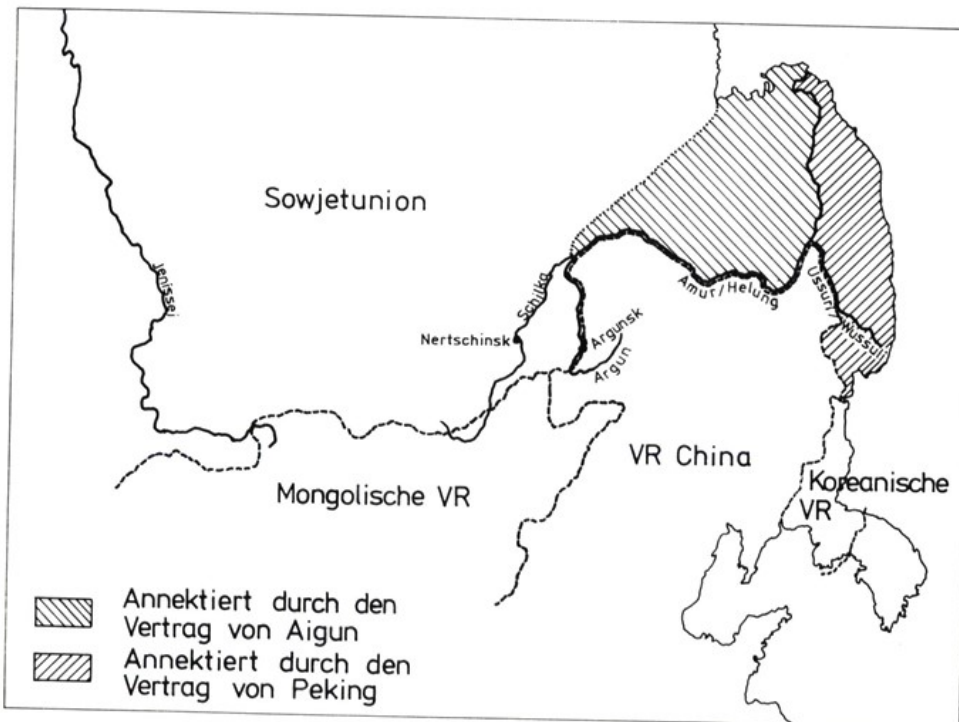
Immerhin darf man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Einverleibung des östlichen Ufers des Schwarzen Meeres die Tscherkessen vom Handel mit der Türkei abschneiden und somit zwingen wird, sich uns anzugleichen. Die Entwicklung eines gewissen Luxus könnte vielleicht ihrer Zählung zustatten kommen: der Samowar wäre hier eine wichtige Neueinführung. Schließlich gibt es noch ein kräftigeres und auch sittlicheres Mittel, das der Aufklärung unseres Jahrhunderts mehr entspricht: die Verkündigung des Evangeliums ... " (aus "Reise nach Arsum")

ANMERKUNG

Gegen eine derartig plumpe Schönfärberei der zaristischen Expansionspolitik muß sogar der bürgerliche russische Schriftsteller Puschkin (1799 - 1837) geradezu erfrischend ehrlich erscheinen, wenn er z. B. notiert: "Die Tscherkessen (Volk südlich des Kuban an der östlichen Schwarzmeerküste; erst 1864 endgültig unterworfen) hassen uns. Wir haben sie aus ihren behaglichen Weiden verdrängt; ihre Aüle (Dörfer) sind zerstört und ganze Völker wurden vernichtet. Von Stunde zu Stunde ziehen sie sich tiefer in die Berge zurück und richten von dort ihre Überfälle auf uns ... Was tut man mit solch einem Volk?

Über die Segnungen der zaristischen Nationalitätenpolitik schreibt Lenin z. B.: "Die Politik der Regierung ist völlig vom Geist des Nationalismus durchdrungen. Man ist bestrebt, der 'herrschen-den', d. h. der großrussischen Nationalität alle möglichen Vorrechte zu gewähren, obgleich die Großrussen in Rußland die Minderheit der Bevölkerung ausmachen, nämlich nur 43 %.

Was alle übrigen in Rußland lebenden Nationen betrifft, so ist man immer mehr bemüht, sie in ihren Rechten zu schmälern, voneinander abzusondern und Feindschaft unter ihnen zu säen." (Lenin, Band 19, S. 297)



OFFENER BRIEF

DES IK/KHB GÖTTINGEN AN DIE LEITUNG DES KB

Liebe Genossen!

In der Nr. 18 von "Unser Weg" beginnt ihr die öffentliche Diskussion über die Politik des KB- Nord anlässlich der von den Parteaufbaufrontgruppen (im folgenden PAF) initiierten Bonner Vietnamdemonstration vom 14. 1. 73. Wir begrüßen ausdrücklich eure Praxis, diese Diskussion öffentlich vor der gesamten Arbeiterbewegung und den kommunistischen Zirkeln auszutragen. Wir halten dies für die einzige Möglichkeit solidarischer Kritik und Selbstkritik unter den westdeutschen Kommunisten. Wir wollen in unserer Kritik an euch auch die Prinzipien der solidarischen Kritik und Selbstkritik beherzigen, die ihr im Arbeiterkampf Nr. 25 im Artikel zum Programmwurf der PAF noch einmal ausführlich darlegt. Wir stimmen mit euch darin überein, daß von Seiten der PAF diese Auseinandersetzung oft mit kleinbürgerlichen Methoden der Diffamierung und Entstellung geführt worden ist. Die "Formen eines demagogischen Vernichtungsfeldzuges", wie es die Flensburger Genossen beschreiben, sehen wir allerdings nicht. Wir meinen, daß sich im Stil der Auseinandersetzung mit euch, wie ihn KG/NRF, KBB und andere PAF-Gruppen praktizieren, schon in der Form die Auseinandersetzung zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie wiederfinden läßt, wie er sich innerhalb der Gruppen abspielt und schweinische Tendenzen in der Auseinandersetzung unter Kommunisten das jeweilige Vordringen der kleinbürgerlichen Klassenlinie in diesen Gruppen markiert.

Nun zu unserer Kritik an euch! Die grundsätzliche Kritik zuerst. Sie bezieht sich auf die Frage, in welchem Verhältnis antiimperialistische Solidarität zur Frage des Parteaufbaus steht. Im Nachdruck des Artikels aus dem Arbeiterkampf Nr. 25 schreibt ihr: "Das ganze Unternehmen ist allzu deutlich der DKP abgucken. Darin hat sich der Zirkelblock erfolgreicher gezeigt als die KP/DA, die mit ihren Vietnamkomitees eine weniger glückliche Kopie der DKP- Taktik zu schaffen versuchte. Ziel dieser Taktik ist es, unter schändlichem Mißbrauch des vietnamesischen Befreiungskampfes anderen Organisationen eine bestimmte Politik aufzudrängen und sich in der "Öffentlichkeit" durch spektakuläre Aktionen bekannt zu machen. Die Liste "fortschrittlicher Persönlichkeiten" dient dann nur dazu, über die fehlende Verankerung der betreffenden Aktion in den Massen hinwegzutäuschen." Und in der gleichen Nummer von "Unser Weg" abgedruckten Stellungnahme der Leitung des KB heißt es: "Die Heidelberger Vietnaminitiative ist nicht an den Interessen des antiimperialistischen Kampfes und der Unterstützung Vietnams orientiert, sondern folgt der Parole "Stärkt den Zirkelblock". Als Ziele sind unter anderem auszumachen: "die eigene Organisation bekannt zu machen", kleine

herumschwirrende Gruppen ("ML"- Schrott und Studenten-zirkel) einzusacken und in den breiten Massen der Kleinbürgerlichen Linken Fuß zu fassen." Wir meinen, daß ihr in der Tendenz antiimperialistische Solidarität und Parteaufbau politisch auseinanderreißt und letztlich zu der Einschätzung kommen müßt, beide Seiten ständen im Widerspruch zueinander. Dem ist weder in Klassenwirklichkeit so, noch in der Strategie und Taktik mit der die Kommunisten Politik betreiben. Parteaufbau und Unterstützung des gerechten Kampfes der vietnamesischen Völker sind nur zwei Fragen, welche die Klassenwirklichkeit an die Herausbildung der Arbeiterklasse zur politischen Partei stellt. Sie stellt sie als Frage der Einheit der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und der mit ihr verbundenen Teile des Volkes in den imperialistischen Ländern und der Ausbeutung und Unterdrückung in den kolonialen bzw. neokolonialen Ländern. Als solche ist es die Frage der wirklichen Fundamente des proletarischen Internationalismus. Darum müssen Kommunisten die Frage der antiimperialistischen Solidarität immer mit der Herausbildung der kommunistischen Partei verknüpfen. Die Vereinheitlichung der kommunistischen Kräfte zur politischen Partei ist der wirksamste Beitrag der Entfaltung und Stärkung der antiimperialistischen Solidarität, wie die antiimperialistische Solidarität ein Prüfstein der politischen Möglichkeiten und Schritte zur Vereinheitlichung ist.

Von daher ist die Parole "Stärkt den Zirkelblock", die natürlich hinter den Initiativen der PAF-Gruppen gestanden hat, keine sektiererische Parole, weil sie sich auf den Parteaufbau bezieht, und weil mit ihr versucht wird, unter Teilen der Linken Fuß zu fassen, sondern sie wird erst dann zur sektiererischen Parole, wenn entweder die Initiative der PAF- Gruppen, was den Inhalt der politischen Plattform betrifft, kleinbürgerlich war, oder, was nur ein Ausdruck kleinbürgerlicher Klassenpolitik wäre, die PAF-Gruppierungen den Massen Vietnamsolidarität suggeriert hätten, klammheimlich aber Parteaufbau betrieben hätten. Beides kann man den PAF- Gruppen nicht vorwerfen. Wir teilen darum die Einschätzung der Flensburger PL, die schreibt: "Die antiimperialistische Agitation und Mobilisierung muß auf breitest möglicher Grundlage erfolgen. Diese Forderung erfüllt die Heidelberger Initiative sowohl in politischer (keine sektiererische Beschränkung auf 'Vorhut'-Clubs) als auch in geographischer Hinsicht (nationale Ausrichtung)." (zit. nach "Unser Weg" Nr. 18, S. 24) Ihr versucht den Nachweis kleinbürgerlicher Politik allein an der Heidelberger Begründung für den Demonstrationsort festzumachen. Natürlich sind die Argumente für Bonn, welche die Heidelberger in der Plattform nennen allesamt fragwürdig. Die Frage des Demonstrationsortes und des Termins ist aber eine durchaus sekundäre Frage gewesen. Auch

die Heidelberger waren, was ihr zweiter Brief in die IVS beweist, hier zu Verhandlungen und Zugeständnissen bereit. Politisch richtig war aber auf jeden Fall die Ausrichtung auf eine nationale Demonstration. Wenn politische Aktionen und Herausbildung der kommunistischen Partei nicht von einander zu trennen sind, dann ist gerade richtig, jede Chance zur nationalen Behandlung einer politischen Frage zu nutzen. Unsinnig wäre es nur dann eine nationale Aktion durchzuführen, wenn die materiellen Voraussetzungen dazu nicht reif gewesen wären. Dies ist dann der Fall, wenn es sich um eine Frage handelt, die sich nicht im nationalen Rahmen stellt.

Ihr werdet aber nicht leugnen können, daß sich die Frage der Vietnam- Solidarität seit Jahren für alle kommunistischen und sozialistischen Gruppen als praktische Frage stellt. Ihr werdet auch nicht leugnen können, daß es vielen kommunistischen Gruppen gelungen ist, sich mit ihrer Politik der Vietnamsolidarität mit demokratischen Teilen der Bevölkerung fest zu verbinden. Ein Beispiel ist ja gerade die Vielzahl von Vietnamkomitees und Solidaritätsgruppen, die den Heidelberger Aufruf unterschrieben haben, und ihr werdet schließlich auch nicht leugnen können, daß die politische Zusammenfassung dieser Aktivitäten unter richtiger politischer Stoßrichtung ein wirksamer Solidaritätsbeitrag für das kämpfende vietnamesische Volk sind. Eure eigne Argumentation wird gerade dort jämmerlich, wo ihr euch um die politische Beantwortung dieser Frage herumdrückt und versucht, euch am Demonstrationsort BONN und der Verpulverung von 400.000 DM hochzuziehen.

Auch das Argument, zentrale Demonstrationen seien der Studentenbewegung entlehnt und somit abzulehnen, ist falsch. Ihr schreibt dazu: "Das Modell der 'Zentralen Demonstration' ist der Studentenrevolte entlehnt. Damals fanden zwei 'Zentrale Demonstrationen' statt: im Herbst 67 in Westberlin (Vietnam) und im Frühjahr 68 in Bonn (Notstandsgesetze). In der Begründung des Zirkelblocks für die angebliche aktuelle Notwendigkeit 'Zentraler Demonstrationen' finden sich konsequent jene Illusionen wieder, die schon die Demonstration gegen die NS- Gesetze 68 bestimmte und Ausdruck der revisionistischen Politik waren und sind." (Unser Weg" Nr. 18, S. 23). Zentrale Demonstrationen sind keinesfalls ein Produkt der Studentenbewegung, sondern gerade von der Arbeiterklasse praktizierte Aktionsmodelle. Die Studentenbewegung hat diese Modelle nur wieder aufgegriffen. Die Tatsache, daß im Frühjahr 1968 tausende von Intellektuellen hofften, mittels einer zentralen Demonstration die NS- Gesetze zu verhindern, spricht nur für den kleinbürgerlichen Charakter der damaligen Studentenbewegung, nicht aber gegen zentrale Demonstrationen.

Wenn ihr den Aufruf des SDS und anderer Gruppen im Frühjahr 68 politisch mit der Aktionsplattform der KG/NRF gleichsetzt, dann müßt ihr schlüssig nachweisen, die Heidelberger (resp. die PAF) hätten je die Illusion geschürt, eine nationale Demonstration würde die Bundesregierung zur Aufgabe ihrer Unterstützung des US- Imperialismus in Indochina zwingen. Die Zitate, die ihr im Arbeiterkampf Nr. 25 anführt, sagen nur aus, daß es ein Ziel des antiimperialistischen Kampfes ist, die Bundesregierung zu zwingen, und daß eine nationale Demonstration den Druck auf die Bundesregierung verstärken wird, nicht aber daß die Bundesregierung bei 20.000 Demonstranten in Bonn schon weiche Knie bekommt. Dieser Sachverhalt ist an anderer Stelle von Vertretern der PAF (etwa in der Rede des Freiburger Genossen in Bonn) dargestellt worden. Eure Zitiertweise und Interpretation, die ihr anhängt, entsprechen in diesem Punkt genau der "schweinischen" Zitierweise und Heruminterpretiererei, die ihr sonst bei der PAF kritisiert. Eine andere Sache zum Schluß. Ihr habt in euren Publikationen oft betont, daß es für Kommunisten wesentlich ist, den Klassencharakter einer Strömung, Partei, Gruppe etc. genau einzuschätzen und daraus auch die Art und Weise der Agitation und Propaganda gegen oder für diese Strömung, Partei, Gruppe etc. abzuleiten. Die Leitung des KB stellt in ihrer Stellungnahme in "Unser Weg" S. 28 fest: "Falsch wäre es dagegen, aus bloßem Opportunismus" damit wir uns nicht noch weiter isolieren" etc.) an objektiv unsinnigen Aktionen der Zirkelblockführer uns anzuhängen. D. h. nicht daß nicht von diesen Leuten auch mal ein vernünftiger Vorschlag kommen könnte (blindes Huhn findet auch mal ein Korn), den wir im Interesse der Sache natürlich unterstützen würden und unterstützen müssen."

Blinde Hühner, die auch mal ein Korn finden, sind gemeinhin Kleinbürger, resp. Vertreter kleinbürgerlicher Politik. Mithin deklariert ihr die PAF zu einer kleinbürgerlichen Gruppierung. Genossen, an diesem Punkt wendet sich das Gerede über kommunistischen Stil, wie ihr es im Arbeiterkampf 25 anstimmt, gegen euch. Entweder ihr seid der festen Überzeugung, bei den PAF- Gruppen würde es sich klassenmäßig um kleinbürgerliche Gruppen handeln, dann verlangen wir dafür einen umfassenden und überzeugenden Nachweis, und dann müßt ihr diese Gruppen in ihrer gesamten Politik angreifen und keine Krokodilstränen über den schlechten Stil der Auseinandersetzung weinen. Oder aber ihr seid der Meinung, es handele sich um kommunistische Gruppen, dann sind diese Sätze eine absolut schweinische Attacke gegen die PAF, die in der kommunistischen Bewegung nichts zu suchen hat.

Mit kommunistischen Grüßen
IK/KHB Göttingen



OFFENE ANTWORT

Offener Brief an die Genossen des IK/KHB Göttingen

Liebe Genossen.

Ihr habt uns eine "schweinische Attacke" gegen die "Parteiaufbaufront" NRF/KBB vorgeworfen, weil wir diese Gruppierung als kleinbürgerlich einschätzen ohne angeblich diese Gruppen "in ihrer gesamten (Unterstreichung von euch) Politik" anzugreifen.

Dieser Vorwurf ist uns unverständlich geblieben. Ist euch denn unbekannt, daß wir in der Tat immer wieder grundsätzliche Kritik an diesem Zirkelblock-Unternehmen geübt haben! Ist euch die Auseinandersetzung z. B. um die Faschismus-Frage, um den Kampf gegen den Sozialdemokratismus, um die Programmatik u. a. m. unbekannt! Doch wohl nicht!

Ihr mögt sagen, daß euch diese Auseinandersetzung von unserer Seite nicht überzeugt hat, daß ihr unseren Standpunkt für falsch haltet. Dann müßt ihr das darlegen, und wir könnten darüber diskutieren. Ihr könnt aber doch nicht in eurer Zeitung und vor den Lesern eurer Zeitung so tun, als hätten wir diese Auseinandersetzung mit dem Zirkelblock überhaupt nicht geführt! Das ist gelinde gesagt ungerecht; und hättet ihr nicht am Anfang eures "Offenen Briefs" geschrieben, ihr würdet die Prinzipien der solidarischen Kritik ... beherzigen", dann müßte man eure Polemik in diesem Punkt direkt für demagogisch halten.

Daß es innerhalb des Zirkelblocks einen Kampf zwischen proletarischer und kleinbürgerlicher Linie gibt, wie ihr schreibt, hoffen wir selbstverständlich. Nur sind wir auf Grund der ganzen bisherigen Auseinandersetzung zur Auffassung gelangt, daß die kleinbürgerliche Linie gegenwärtig die Hauptseite in diesem Widerspruch darstellt. Ihr mögt darüber anders denken; von einer "schweinischen Attacke" dürftet ihr aber doch wohl erst (wenn überhaupt) sprechen, n a c h d e m ihr prinzipiell zu den wesentlichen Punkten der Auseinandersetzung zwischen Zirkelblock und "KB-Nord" Stellung genommen habt. Das vermissen wir bei euch bisher; ihr wißt wohl selbst, daß ihr euch um eine solche prinzipielle Stellungnahme bisher "herumgedrückt" habt.

Der solidarischen Auseinandersetzung hätte es zweifellos genutzt, wenn ihr zu eurem "Offenen Brief" an uns auch den Artikel in UW 18 (es sind doch bloß zwei Seiten) veröffentlicht hättet, auf den sich eure Polemik bezieht.

Wir wollen nun nicht nochmals die in UW 18 dargelegte Argumentation wiederholen, weil eine endlose Debatte "hätten wir nun doch oder hätten wir lieber nicht" über die Bonner Demo politisch sinnlos ist. Stattdessen wollen wir versuchen, euch unsere grundsätzliche Einschätzung und Einordnung dieser Angelegenheit in Kürze verständlich zu machen.

Wir gehen davon aus, daß es eine weit verbreitete und "konsequente" Fehlerscheinung in der gegenwärtigen kommunistischen und "ML"-Bewegung ist, der Realität sozusagen "vorauszuweichen" (vgl. dazu den Artikel "Schritt halten" in AK 26).

Das heißt, daß "Einschätzungen" und Parolen ohne Bezug zur Realität verbreitet werden, die nur einem verkrampften und hysterischen "revolutionären Optimismus" dienen. Wir wollen euch gegenüber nicht auf die "KPD/ML" eingehen, die gewiß auch aus eurer Sicht ein "toter Hund" ist. Aber dieselbe Erscheinung kennzeichnet u. E. auch in "gedämpfterer" (und letzten Endes natürlich geschickterer!) Form die kleinbürgerliche vorherrschende Linie innerhalb des Zirkelblocks. Ihr kennt z. B. wahrscheinlich die Erklärung des NRF "Die Massen wollen nach links". In dieser Erklärung wird so getan, als würden die Massen heute schon zum großen Teil sich vom Sozialdemokratismus lösen, und als müßte nur noch als *deus ex machina* die "Kommunistische Partei" (d. h. der zur "Partei" aufgestockte Zirkelblock) erscheinen, um die sehnsüchtig harrenden Massen zu gewinnen. Dieselbe Linie kennzeichnet die "Selbstkritik" des NRF zur Frage der Gewerkschaftsopposition und kommunistischer Fraktionen im DGB. Dort wird explizit die Meinung verbreitet, die kommunistischen Fraktionen im DGB etc. sollten auf allen Ebenen "offen und als solche" auftreten. Eine solche Auffassung können u. E. nur kleinbürgerliche Narren vertreten, die keinen blassen Schimmer von der Realität haben.

Dazu kommt, daß bei diesen höchst optimistischen "kleinbürgerlichen Linken" nach unserer Erfahrung überhaupt keine Bereitschaft besteht, ihre Thesen zu diskutieren und an der Realität messen zu lassen. Ihre Polemik bewegt sich regelmäßig auf der Ebene, daß Gegner ihrer hochfliegenden Auffassungen eben bloß "Schwarzmalerei", "Kleinmütige", "Rechtsopportunisten" etc. sind. Für diese kleinbürgerlichen Linken ist die ganze Welt rosarot und der Himmel hängt voller Geigen. . .

Wir haben auch die Bonner Demo unter diesem Aspekt eingeschätzt. Denn es ist eben eine Tatsache, und durchaus keine "Schweinerei" von uns, daß die KG/NRF explizit in illusionärer Weise den "Druck auf die Regierung" und die Sache mit den ausländischen Diplomaten zur Begründung des Demo Ortes in den Vordergrund gerückt hat. Daß die Heidelberger Genossen dann gegenüber den Revis bereit waren, einen anderen Ort als Bonn zu akzeptieren, beweist also lediglich ihren anscheinend unbegrenzten Verhandlungsopportunisten gegenüber den Revis, aber keineswegs ihre bessere Einsicht. Und es ist eben auch eine Tatsache, daß die Bonner Demo in ihrem illusionären Charakter der Mobilisierung völlig an die Bonner NS-Demo 1968 anknüpfte.

Eine weitere Tatsache ist, daß über der zentralen Demo in Bonn die lokale Aktivität vernachlässigt und "vergessen" wurde, wie z. B. in Hamburg die SSG (hiesige Mochteger-Filiale des Zirkelblocks) offen zugeben mußte. Die Bonner Demo war eben großartig geeignet, mit ihrer scheinbaren Masse die reale Schwäche der Bewegung gegen die US-Aggression in der BRD vergessen zu lassen und damit von unseren wirklichen Kampfaufgaben einer echten Massenmobilisierung abzulenken. Diesen Irrtum finden wir leider auch bei euch, wenn ihr meint, daß es "vielen kommunistischen Gruppen gelungen" sei, "sich mit ihrer Politik der Vietnamsolidarität mit demokratischen Teilen der Bevölkerung fest zu verbinden", und als Beweis dafür ausgerechnet die Vielzahl von Vietnamkomitees und Solidaritätsgruppen" anführt. Wir wollen gewiß nicht den Vietnamkomitees u. ä. a l l e m e i n zu nahe treten, die z. T. gute und eifrige Arbeit machen. Aber viele dieser Komitees sind doch bloße "Papiertiger", wie jene "betrieblichen" (!!) Komitees der AO-"Partei" beispielsweise, die mangels betrieblicher Masse mit Studenten "aufgefüllt" werden. Insgesamt ist es eben so, daß die Vietnam-Solidarität durchaus nicht fest mit den Massen verbunden ist.

Wir meinen, daß die Frage der Bonner Demo - die ja auch in unserer Organisation umstritten war - keine prinzipielle, sondern eine taktische Frage ist, hinter der sich allerdings die grundlegenden Fragen der Bewegung wiederfinden lassen. Wir würden es begrüßen, wenn ihr eure Aufmerksamkeit auf diese grundlegenden Fragen richtet und eine Diskussion darüber möglich wird.

mit kommunistischem Gruß

Leitung des KB und Reaktion von "Unser Weg"

Erklärung der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)

Partisanen-Aktionen im besetzten Gaza-Streifen fügten vor einigen Wochen den Zionisten Verluste zu, wovon sie selbst den Tod eines israelischen Soldaten und die Verwundung von neun weiteren zugeben.

Bei der folgenden Durchsuchung, die israelische Soldaten in der Stadt Gaza durchführten, kam es zu einem heftigen Feuergefecht. In diesem Kampf wurde der Genosse Mohammed Mahmoud El-Aswad ("der Guevara

von Gaza"), Mitglied des Politbüros der PFLP und Kommandeur der PFLP-Kräfte im Gazastreifen getötet. Ebenso wurden bei der Aktion die Genossen Kamel Al Amassi und Abdel Hadi Al Hayek getötet, die zu den PFLP-Führern im Gaza-Sektor gehörten.

Die PFLP gab dazu eine Erklärung ab, die wir auszugsweise wiedergeben.

1970 nutzte das jordanische Regime die demütigend unterwürfige Stellungnahme der arabischen Staaten zum Rogers-Plan und das Schweigen an allen arabischen Fronten aus, um im Auftrag seiner imperialistischen Herren einen Schlag gegen die Widerstandsbewegung auf dem Ostufer (des Jordan) zu führen. Seither ist der Feind bemüht, die Widerstandsbewegung auf palästinensischem Boden zu unterdrücken, vor allem im Gazastreifen.

Seither hat der zionistische Feind ständig einen Versuch nach dem anderen unternommen, um sein Ziel zu erreichen, nämlich den Gazastreifen in die Knie zu zwingen und die Fackel des Widerstandes auszulöschen.

In dieser wichtigen Phase der Revolution im Gazastreifen nahm unser toter Genosse, "der Guevara von Gaza", der vom Feind gesucht wurde, seine Führungsaufgaben mit allen nur möglichen menschlichen Kräften, mit Aufrichtigkeit, Hingabe, Vertrauen und Entschlossenheit wahr.

Es ist uns allen durch unsere eigene Erfahrung und durch die Erfahrung anderer Völker klar geworden, daß nur auf einem Weg die Befreiung unseres Volkes von der imperialistisch-zionistisch-reaktionären Unterdrückung erreicht werden kann - durch einen langdauernden Volksbefreiungskrieg, der Jahrzehnte währen kann.

In Folge all der vergangenen Erfahrungen ist unser Volk noch entschlossener geworden, diesen Weg zu gehen und auf ihm zu beharren, ungeachtet aller Schläge, Schwierigkeiten, Hindernisse und Rückschläge.

Die Massen unseres Volkes werden es niemals hinnehmen, besetzt zu sein und in der eigenen Heimat unterdrückt zu werden. Sie werden sich niemals damit abfinden, in den Lagern der Erniedrigung und des Elends zu bleiben. Sie werden sich niemals damit abfinden, über verschiedene Teile der Welt ohne Heimat und ohne Würde verstreut zu sein.

Der Feind kann uns hunderte von Schlägen zufügen. Er kann unsere Frauen, Kinder und alten Leute in den Lagern von Baddawi und Nahr Al Bared schlagen (Lager im Libanon, die von den Zionisten wiederholt angegriffen wurden - Anm. UW). Er kann Ghassan Kanafani, Youssef Al Khatib, Mahmoud Al Hamshari in Paris töten, Wael Zwaiter in Rom, Abul Khair auf Zypern und "Guevara" in Gaza (Kanafani war ein Führer der PFLP und wurde in Beirut durch einen Bombenanschlag getötet; auch die übrigen sind Palästinenser, die von zionistischen Geheimdienstlern ermordet wurden - Anm. UW). Der Feind mag noch weitere Schläge planen und vielleicht mit einigen von ihnen Erfolg haben, aber niemals wird er den Kampfwillen in uns ersticken können oder uns von unserem Weg abbringen können - der Weg eines gerechtfertigten, langdauernden Volksbefreiungskrieges, der uns ebenso den Sieg bringen wird wie in Vietnam ungeachtet aller Bombardierungen und Verwüstungen.

Im September 1970 regneten zehn Tage lang Bomben auf die Massen in den Lagern von Amman. Die ganze Welt kennt die Abscheulichkeit und den barbarischen Charakter dieser Massaker, denen die Massaker von Jarash und Ajloun und die Kämpfe in Al Arqoub folgten; die Kampagnen des zionistischen Feindes, seine Pläne zur Entvölkerung des Gazastreifens und erneuten Zerstreuung seiner Bewohner, die Durchsuchungs- und Verhaftungskampagnen, deren letzte die Verhaftung Abu Daouds und seiner Leute durch die reaktionären und knechtischen Verräter in Jordanien war.

Wir wissen, daß all das nur Beispiele und Teil einer langen und kontinuierlichen Serie sind. Aber ungeachtet all dessen, was war das Ergebnis?

Das Ergebnis war, daß die Revolution klarer, zusammenhängender und entschlossener wurde. Die Revolution hat aus eigener Erfahrung eine klare Vorstellung von den Dingen gewonnen, die im fortschrittlichen politischen Programm niedergelegt sind, das von der Revolution während des letzten Palästinensischen Nationalkongresses angenommen wurde. Wir halten das für einen großen Sieg und einen größeren Schritt auf dem Weg zur Befreiung.

Als Folge davon haben die Chancen für eine Zusammenarbeit und Verschmelzung zwischen den verschiedenen Widerstandsgruppen zugenommen. Jetzt sind weitere Schritte auf diesem Weg erforderlich.

Die arabische Front für die Unterstützung der palästinensischen Revolution ist entstanden und das halten wir für den ersten Schritt auf dem Weg zur Verschmelzung der palästinensischen Revolution mit der Bewegung der arabischen Völker und mit der arabischen Revolution, wodurch Millionenmassen unserer großen arabischen Nation zu mobilisieren sind.

Unsere Revolution hängt heute ab von der Mobilisierung und Unterstützung der revolutionären Kräfte im Weltmaßstab. Die große Sowjetunion, die große chinesische Revolution und alle Länder des sozialistischen Lagers ebenso wie die revolutionären Kräfte überall in der Welt versorgen uns jetzt mit politischer, materieller und moralischer Unterstützung. Eine Revolution, die sich auf die eigenen Massen und auf alle revolutionären Kräfte in der Welt stützt, muß am Ende unvermeidlich den Sieg davontragen.

Die Gerechtigkeit unserer Sache und die Härte des Willens unseres Volkes zur Fortsetzung des Kampfes, lassen eine neue Erscheinung in den Reihen der Juden selbst entstehen, die historisch gesehen großen Einfluß auf die Zukunft unseres gesamten Kampfes haben wird. Der Fall der Roten Front, der eine Gruppe friedensliebender junger Juden einschloß, die gegen die Unterdrückung und Verfolgung revoltierten, die von Israel und der zionistischen Bewegung verkörpert wird, - dieser Fall zeigt die zukünftige strategische Aufgabe des gemeinsamen Kampfes aller unterdrückten Araber und Juden gegen die herrschende zionistische Bande für den Aufbau einer demokratischen palästinensischen Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der arabischen Revolution und der Weltrevolution.